



Der gemeine Student zeichnet sich durch außergewöhnliche Bescheidenheit aus. Man ist gewillt, auf folterbankähnlichen Sitzgelegenheiten anderthalb Stunden Ruhe zu halten, von Plastiktablets Dinge zu essen, von denen das Studentenwerk behauptet es seien sättigende Speisen, und auf Verlangen an der Kinokasse einen zerknitterten Wisch vorzuzeigen, der sich seines Zeichens Studentenausweis nennt. Groß war meine Freude, als man von Uniseite her gewillt war, einen neuen Ausweis in vorzeigbarer Plastikkartenform mit Farbfoto einzuführen – noch größer als ich hörte, dass Frühholer an einem Gewinnspiel um ein MacBook teilnehmen sollten. Wahnsinn! Leider machte mich das System darauf aufmerksam, dass ich als Nicht-Erstsemester bis zum Wintersemester zu warten hatte. Wahnsinn! Das ging zu weit. Ich verfasste eine höfliche wie bestimmte Mail an die Uni mit der Frage, wie ich als Student im fortgeschrittenen Semester bitte am Gewinnspiel teilnehmen könne? Die bestimmte, aber weniger höfliche Antwort kam prompt: „Gar nicht“. Ähnlich prägnant fragte ich nach: „Finden Sie das fair?“ „Nein“. Ein Jahr ist seitdem vergangen und endlich darf auch der gemeine Unibesucher seine studentische Identität aufwerten. Ich habe an der Testphase teilgenommen und meinen Ausweis ein wenig früher abholen dürfen, natürlich ohne jegliche Teilnahme an diversen Gewinnspielen. Was das elektronische Erinnerungssystem der Uni nicht davon abhält, mich weiterhin regelmäßig daran zu erinnern, meinen Ausweis innerhalb einer gewissen Frist abzuholen - sonst werde ich mit einer Zahlung von zehn Euro bestraft. Wahnsinn! (tin)



Foto: kko

Dokortitel adieu

Koch-Mehrin wehrt sich gegen Verfahren

Seit Mitte Juni sind die Untersuchungen zu den Plagiatsvorwürfen gegen Silvana Koch-Mehrin abgeschlossen und die Entscheidung steht fest: Der Dokortitel wird aberkannt. Mit ihrem Verhalten während des Verfahrens setzt die Uni Heidelberg Standards.

Nach Bekanntwerden der Aberkennung kündigte die FDP-Politikerin gegenüber der Presse an, gegen diese Entscheidung Beschwerde einlegen zu wollen. Als Grund gab sie an, dass die Historische Fakultät bereits vor elf Jahren, als ihr der Titel verliehen wurde, von den monierten Textstellen gewusst habe. Auch die Öffentlichkeit fragt sich, ob so etwas denn einfach übersehen werden könne. Professor Manfred Berg, Dekan der Philosophischen Fakultät und Vorsitzender des Promotionsausschusses, der über diesen Fall beriet, ist sich sicher, dass die Entscheidung sachlich und rechtlich

geboten war. Er sieht einer eventuellen Klage mit Gelassenheit entgegen. Schließlich habe der Ausschuss die Dissertation sorgfältig geprüft und den Beschluss der Aberkennung nach einem ordnungsgemäßen Verfahren getroffen.

Nachdem die Universität von den Betreibern der Webseite VroniPlag Wiki darauf aufmerksam gemacht worden war, dass einige Textstellen in Silvana Koch-Mehrins Dissertation als Plagiate enttarnt worden seien, machte sich der Promotionsausschuss zunächst an die schwierige Aufgabe, die Arbeit auf nicht gekennzeichnete Zitate hin zu

überprüfen. Der Ausschuss fand im Verlauf der Prüfung 120 Stellen, die aus anderen Publikationen abgeschrieben und nicht als Zitate kenntlich gemacht waren. Damit, so Berg, sei der Tatbestand des Plagiats erfüllt. Die Universität schickte eine Synopse der beanstandeten Stellen an Frau Koch-Mehrin und bat sie um eine schriftliche Stellungnahme. Diese kam gemeinsam mit der Bitte um einen Termin zur persönlichen Anhörung, der am 14. Juni diesen Jahres stattfand und ihr die Möglichkeit gab, sich noch einmal zu den Plagiatsvorwürfen zu äußern. Nach der Anhörung fasste der Promotionsausschuss den Beschluss, Frau Koch-Mehrin den Dokortitel zu entziehen. (cla)

Fortsetzung auf Seite 4

Inhalt

Geprüft

werden Abschlussarbeiten an einigen Universitäten durch Plagiatsprogramme. Die Vor- und Nachteile stehen auf Seite 2

Gezahlt

wird das BAföG bereits seit 40 Jahren. Ob das ein Grund zum Feiern ist und welche Hürden zu überwinden sind steht auf Seite 5

Gemeinschaftlich

geht es nicht in allen deutschen Burschenschaften zu. Welche Rolle die Abstammung in den Burschenschaften hat steht auf Seite 8

Gewonnen

hat die Zeughausmensa zum zweiten Mal in Folge den Titel ‚Mensa des Jahres‘. Mehr zu der Abstimmung gibt es auf Seite 9

Geschaffen

wurde letzten Herbst eine Stelle für Kultur- und Kreativwirtschaft in Heidelberg. Was es damit auf sich hat findet man auf Seite 10

Genetisch

vererbbar soll die Intelligenz des Menschen laut Sarrazin sein. Diese Meinung wird jedoch nicht von jedem geteilt. Seite 11

Geopfert

für die Freiheit – darüber spricht Bei Ling, der Biograph und Freund des Nobelpreisträgers Liu Xiaobo, im Interview auf Seite 14

Gedanken

machen sich die Franzosen über ihre Einstellung zur Atomkraft. Welchen Einfluss Fukushima darauf hat steht auf Seite 15

Zahl des Monats



40 Euro

musste die baden-württembergische Polizei für Simon Brenners Ausflug mit der Linken Hochschulgruppe in den Bundestag an die Linkspartei zurückzahlen.

(Quelle: spiegel.de)

Uni Heidelberg exzellent gescheitert

Kein Neuantrag behauptet sich in der zweiten Phase der Exzellenzinitiative

Bei der zweiten Phase der Exzellenzinitiative kam keiner der vier Neuanträge der Universität Heidelberg in die nächste Runde.

Die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder hat Anfang März 59 Projekte ausgewählt, die bis September einen ausführlichen Förderantrag stellen dürfen. Weder die zwei geplanten geisteswissenschaftlichen Graduiertenschulen noch die beiden Exzellenzcluster in Physik und Medizin konnten sich gegen die insgesamt 227 Neubewerbungen

von 64 Universitäten durchsetzen. Nach Angaben der Pressestelle der Universität war keiner der Antragsteller der neuen Projekte zu einem Gespräch bereit. Sie würden entweder an einem der sechs Folgeanträge mitarbeiten oder hätten sich bereits anderen Projekten zugewendet, so die Begründung.

Die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern, die seit 2005 besteht, vergibt Fördergelder für innovative und zukunftsweisende Forschung in drei Bereichen. Neben Gradu-

iertenschulen und Exzellenzclustern können sich auch ganze Universitäten mit einem sogenannten Zukunftskonzept bewerben. Die Förderung ist in jeder Runde auf fünf Jahre angelegt. Für die zweite Phase, die im November 2012 beginnen wird, stellen Bund (75 Prozent) und Länder (25 Prozent) insgesamt 2,7 Milliarden Euro bereit.

In der ersten Phase der Initiative gab es zwei Bewerbungsrunden. Nachdem in der ersten Runde für das Zukunftskonzept nur die TU

München, LMU München und die Universität Karlsruhe Fördergelder zugesprochen bekamen, konnten die Universität Heidelberg und fünf weitere Universitäten bei der zweiten Runde im Wintersemester 2006/07 überzeugen. Sie bekommen bis 2012 finanzielle Förderung. Das Zukunftskonzept in Heidelberg steht für den Ausbau der Volluniversität, der durch das Marsilius-Kolleg unterstützt wird. (kwe)

Fortsetzung auf Seite 2

Kontrolle oder Vertrauen

Sollten Plagiatsprogramme generell Abschlussarbeiten prüfen?

Ange­si­chts der ak­tu­ellen Plagiats-Affären um Karl-Theodor zu Guttenberg und Silvana Koch-Mehrin gewinnt das Thema der standardmäßigen Plagiatskontrollen zunehmend

an Bedeutung. Was sind die Vor- und Nachteile einer strengeren Überprüfung und stellt Plagiats-Software eine sinnvolle Unterstützung bei der frühzeitigen Erkennung von Plagiaten

dar? Diese nicht nur für Doktoranden, sondern für sämtliche wissenschaftlich arbeitenden Studenten relevanten Fragen diskutieren zwei Dozenten der Universität Heidelberg. (len)

JA

Michael Hoff

Akademischer Rat am Institut für Europäische Kunstgeschichte



Fotos: privat

Die prominenten Fälle in den letzten Wochen und Monaten haben gezeigt, dass selbst bei höheren akademischen „Weihen“ wie der Doktorarbeit Unehrlichkeit und Schummelei vorkommen. Warum sollten da studentische Hausarbeiten eine Ausnahme machen? Tatsächlich ist durch die Informationsfülle im Internet die Versuchung gewachsen, sich dort bei dem zu bedienen, was Dritte bereits erdacht und formuliert haben.

Bei uns am Institut für Europäische Kunstgeschichte ist solche Schummelei jedoch kein Thema mehr. Warum? Ich möchte behaupten, dass dies an der standardmäßigen Prüfung aller schriftlichen Arbeiten beginnend mit der Proseminararbeit liegt, wie wir sie seit Februar 2010 auf einhelligen Beschluss der Lehrenden am Institut eingeführt haben.

Wir haben uns dabei für die Lösung eines schwedischen Anbieters entschieden, bei dem der Aufwand für die Beteiligten so gering wie möglich ist: Die Studierenden geben ihre Hausarbeit wie bisher in schriftlicher Form ab, senden sie aber gleichzeitig als Mailanhang an die persönliche Prüferadresse des Dozenten, der vom System geraume Zeit später eine Mail mit dem Ergebnis der Plagiatskontrolle erhält. Diese Mail enthält eine Zahl mit der Angabe, wie viel Prozent des Textes mit externen Quellen übereinstimmen, sowie einen Link, über den bei Bedarf eine genaue Analyse mit der Gegenüberstellung der Fundstellen in der Hausarbeit und im Internet aufgerufen werden kann. So kann der Dozent im Zweifelsfalle selbst abschätzen, ob die Übereinstimmungen etwa nur Zitate und Literaturhinweise betreffen, was in der Regel unproblematisch ist, oder aber ob der Autor fremde Formulierungen als eine eigene Leistung ausgibt. Dabei hilft es einem eventuellen Plagiator auch nicht,

wenn er den Satzbau verändert oder mit Synonymen arbeitet – bei unseren Tests wurden auch solche Passagen vom Prüfungssystem als auffällig markiert. Außerdem handelt es sich um ein lernendes System, das heißt, alle eingelesenen Hausarbeiten gehen in den zum Vergleich herangezogenen Datenbestand ein – Abschreiben von Kommilitonen fällt damit sofort auf.

Dass wir mit den Plagiatskontrollen unsere Studierenden bevormunden oder gar kriminalisieren würden, sehe ich nicht. Vielmehr ist durch das einheitliche Verfahren allen Beteiligten klar, dass Betrugsversuche – um nichts anderes handelt es sich bei „erschummelten“ Hausarbeiten – nicht geduldet werden. Und tatsächlich ist bei uns mit dem System noch kein umfangreicheres Plagiat entdeckt worden – was wohl mit der erwünschten abschreckenden Wirkung der routinemäßigen Kontrolle zu tun hat. Wer ehrlich arbeitet, muss jedoch keine Angst vor der Plagiatsprüfung haben – entsprechend hoch ist die Akzeptanz des Verfahrens bei unseren Studierenden.

Wir verlassen uns auch nicht blind auf das elektronische Prüfungssystem, denn es kann ja nicht wirken, wenn Vorlagen abgeschrieben werden, die noch nicht im Internet digitalisiert vorliegen. Da sich die Dozenten aber des Problems bewusst sind, entgehen – wie wir unlängst in einem solchen Fall festzustellen hatten – auch solche Plagiate ihrem aufmerksamen Blick nicht.

Die routinemäßige Plagiatskontrolle sorgt also dafür, dass Ehrlichkeit beim Verfassen wissenschaftlicher Hausarbeiten als selbstverständlicher Anspruch eingehalten wird und niemand den Versuchungen des Internets erliegt.

NEIN

Edgar Wolfrum

Professor für Zeitgeschichte am Historischen Seminar



Vertrauen ist gut, Kontrolle ist schlechter! Ich bin gegen jeden Generalverdacht. Alles Stasi oder was? Wir haben genug Beispiele aus der Geschichte, dass gerade wir Deutschen vorsichtig sein sollten. Bitte keinen Kontroll- und Überwachungswahn. Berufsverbote, Regelanfragen, wir haben doch Erfahrungen. Aber Menschen legen sich in den behaglichen Strom der Lethe – und vergessen.

Ich bin gegen den Einsatz von Plagiatssoftware. Das Bedenkliche daran ist, dass es sich hierbei um eine Form von „Regel-Anfrage“ handelt. Damit sagen wir als Lehrende, als Universität, dass wir unseren Studierenden von vornherein misstrauen und sie uns, bitteschön, misstrauen müssen, weil wir sie als elende Täuscher und potentielle Betrüger wahrnehmen – alle, reihum, ohne Ausnahme. Wenn wir das tun, können wir die Gedanken von der Einheit der Lehrenden und Studierenden, von einer großen, kritischen, „dem lebendigen Geist“ verpflichteten Gemeinschaft, vergessen. Moderne Zeiten – Misstrauen, Betrug, Täuschung, Gaunerei, Manipulation. Die Welt der Universität: heuchlerisch, scheinheilig, unwahrhaftig. Nein – ich weigere mich! Guttenberg und Koch-Mehrin sind nicht die Regel.

Die Universität und die Wissenschaft, unser gesamtes Zusammenleben – sie gründen auf Vertrauen. Es ist in den letzten Jahren an vielen Stellen zuschanden gekommen. Es reicht. Weil wir einige schwarze Schafe entdeckt haben, sind nicht alle Menschen, nicht alle Studierenden schwarze Schafe. Wir sind so gerne Robin Hood, Rächer der..., was auch immer. Edle Ritter gegen Plagiate. Wer sie aufdeckt, dem gebührt das Bundesverdienstkreuz. Meinetwegen. Es gibt nichts zu bagatellisieren: Plagiate sind Verrat an der Wissenschaft, sie sind verwerflich,

schändlich, peinlich.

Aber ich will keinen Überwachungsstaat und keine Überwachungsuniversität. Ich will kein Misstrauen von Beginn an. Stattdessen rationale Zuversicht und kritisches Zutrauen. Ich will nicht, dass alles, was technisch machbar ist, auch bedingungslos realisiert werden muss. Vorratsspeicherung. Rasterfahndung. Regelanfrage. Die Debatte ist ernster, als man denkt. Erinnert sich noch jemand an den Protest gegen die Volksbefragung in den 1980er Jahren? Nein! Schaut auf Facebook – und Ihr seht, wer ich bin, manchmal sogar besoffen oder nackt. Jämmerlich. Plagiatskontrolle! Besinnen wir uns bitte auf unseren Schatz, den es zu hüten gilt, die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Lasst die Chinesen alles überprüfen. Diktaturen machen das. Demokratien müssen Skrupel haben.

Ich bin hoffnungslos altmodisch angesichts der neuen Möglichkeiten, alles kontrollieren und inspizieren zu können. Wenn die Leute sich für Facebook entblößen, dann können sie doch ihre Arbeiten auch einer Plagiatssoftware unterwerfen? Wer mag, der soll. Ich habe nichts dagegen. Aber ich beharre auf größtmögliche „Liberalitas“, ja, Latein, weil das Entscheidende mehr bedeutet als „Freiheit“.

Wer betrügen will, der wird betrügen. Den oder die kann man ohnehin nicht stoppen. Irgendwann wird er oder sie auf die Nase fallen. Wir müssen aber tagtäglich leben, dass wir solche Menschen nicht suchen. Ich setze auf Aufklärung, Wissenschaftsethos und gute Betreuung. Dies sind die Methoden der Vorbeugung – weil wir eine gemeinsame Verantwortung haben, ja, weil wir eine Kulturnation sind, schon vergessen?

Cluster „Asien und Europa“ hofft auf Weiterfinanzierung

Fortsetzung von Seite 1: Uni Heidelberg exzellent gescheitert

Neben diesem Zukunftskonzept „Heidelberg: Realising the Potential of a Comprehensive University“ („Heidelberg: Zukunft einer Volluniversität“) in der dritten Förderlinie wurden außerdem drei Graduiertenschulen und zwei Exzellenzcluster in die Förderung im Jahr 2007 aufgenommen.

Diese sechs bisher geförderten Projekte an der Universität Heidelberg der ersten Phase haben automatisch die Möglichkeit, bis September einen Antrag auf Weiterfinanzierung zu stellen, um weitere fünf Jahre unterstützt zu werden.

Sie treten in der Endrunde im September mit den in diesem Jahr 59 neu ausgewählten Projekten in Konkurrenz.

Eines der bereits geförderten Projekte an der Universität Heidelberg ist der geisteswissenschaftliche Exzellenzcluster „Asien und Europa im globalen Kontext“. Er umfasst vier unterschiedliche Bereiche „Regierungskunst & Verwaltung“, „Öffentlichkeit & Medien“, „Gesundheit & Umwelt“ und „Geschichte & Kulturerbe“, in denen geforscht wird. Im Zentrum des Interesses stehen Momente des

Austausches und der gegenseitigen Beeinflussung beider Kontinente. Diese Prozesse verstärken sich durch die Kommunikationsformen der neuen Medien, sind aber auch in der Vergangenheit zu beobachten.

Das mittlerweile rund 300 Mitarbeiter umfassende Cluster, bietet nicht nur Platz für Forschung, sondern verfügt auch über eine Graduiertenschule. Die teilnehmenden Doktoranden werden finanziell gefördert, nehmen an einem Seminarprogramm im Karl-Jaspers-Zentrum teil und ihnen stehen Mittel zur Feldforschung zur Verfügung.

Zum Wintersemester startet am Cluster der neue Masterstudiengang „Transcultural Studies“. Somit können Studenten von der Forschungseinrichtung profitieren.

Die Chance auf Verlängerung der Förderung durch die Initiative schätzt Alexander Häntzschel, Press Officer des Exzellenzclusters, recht gut ein: Das „Konzept der Transkulturalität ist besonders innovativ und zukunftsweisend“, was eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewerbung bei der Initiative sei. Zudem ist der Cluster in der dritten Säule des

Zukunftskonzeptes der Universität verankert.

Oliver Lamers, Graduate Programme Manager, fügt an, dass das Projekt schon von Anfang an eine gute Basis mit dem ZEGK und Unterstützung durch weitere, bereits bestehende, Institutionen an der Universität Heidelberg hatte. Selbst wenn die Bewerbung auf Weiterfinanzierung scheitert, soll das Exzellenzcluster mit der angegliederten Graduiertenschule und dem Masterstudiengang weitergeführt und von der Universität finanziert werden. (kwe)

Die Linke und der „Aufbau West“

Gesine Löttsch fordert den sozialökologischen Umbau Deutschlands

Die in Ost-Berlin geborene Gesine Löttsch trat 1984 in die SED ein. Nach der Wiedervereinigung saß die promovierte Sprachwissenschaftlerin für die PDS im Berliner Abgeordnetenhaus. Seit 2002 wurde die heute 49-jährige immer direkt in den Bundestag gewählt. Zusammen mit Klaus Ernst ist sie seit 2010 die Vorsitzende der Partei „Die Linke“.

Das Gespräch führte Reinhard Lask

Ihr Beitrag „Wege zum Kommunismus“, der Anfang des Jahres in der Jungen Welt erschien, hat viel Wirbel erzeugt. War das Absicht oder ein Missverständnis?

Wenn man gesellschaftliche Debatten anstoßen will, muss man die Probleme zuspitzen. Es geht doch darum, ob der Kapitalismus noch in der Lage ist, die Probleme zu lösen. Wer nicht über Systemalternativen nachdenkt, der handelt unverantwortlich.

Der Hintergrund war, dass mich die Tageszeitung Junge Welt auf eine Konferenz eingeladen hatte, die „Wege zum Kommunismus“ hieß. Auf der haben die Teilnehmer – und damit auch ich – über diese Frage nachgedacht.

Also war es ein Missverständnis?

Nein. Das Ziel der Linken ist die Herstellung des Demokratischen Sozialismus und Wege dorthin zu finden. In meinem Beitrag habe ich einerseits grundsätzliche Fragen aufgeworfen, andererseits an konkrete Projekte der Linken angeknüpft. Dabei ging es auch um die Frage des öffentlichen Beschäftigungssektors und einen Kompromiss zwischen jenen zu finden, die sich an der Erwerbsarbeit orientieren und denen, die ein bedingungsloses Grundeinkommen wollen.

Wie sieht dieser Kompromiss aus?

Wir als Linke wollen eine neue Art der Vollbeschäftigung: ein Recht auf Arbeit, aber keinen Arbeitszwang. Die Diskussion geht vor allem um die Frage: „Was machen Menschen, die für den Reproduktionsprozess der Gesellschaft nicht unmittelbar gebraucht werden.“ Durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität werden für die unmittelbare Reproduktion immer weniger Menschen gebraucht. Der Mensch tritt immer mehr aus dem Produktionsprozess heraus und wird zum „Wächter und Regulator höherer Ordnung“, wie es Karl Marx bereits vorhersah.

Die Frage ist: Muss man Menschen, die in diesem Produktionsprozess nicht gebraucht werden, kontrollieren und drangsaliieren, oder kann man ihnen die Möglichkeit bieten, selbstbestimmt ihre Leben zu gestalten?

Die Linken bestehen aus dem eher realpolitischen Ost- und dem dogmatischeren Westflügel. Sollte die Debatte über „Wege zum Kommunismus“ eine Verbindung herstellen?

Diese Aufteilung trifft nicht zu. Das ist viel differenzierter. Für mich ist wichtig, dass wir als Partei praktikable Vorschläge für den Alltag machen und diskutieren, wie man die Gesellschaft grundsätzlich verändern kann. Das ist kein Gegensatz, sondern man sollte das verbinden. Mein Wahlkreis ist ein Berliner Bezirk, in dem wir seit vielen Jahren kommunalpolitisch die Mehrheitsfraktion sind und die Bürgermeisterin stellen. Da ist es klar, dass wir auch an vielen praktischen Fragen arbeiten, weil alle kommunalen Fragen auf unserem Tisch landen. Sich aber nun allein auf den Alltag zu konzentrieren, wäre mir zu wenig. Wir dürfen dabei nicht aus den Augen verlieren, dass wir auch eine andere Gesellschaft wollen. Mein Anspruch ist daher, beides zu verbinden: das Praktisch-pragmatische und die Zukunftsidee.

Die Linke konzentriert sich auf die prekären Schichten der Gesellschaft. Sie fordert „Weg mit Hartz IV“ und die Reichensteuer. Gregor Gysi behauptete aber, dass sie auch die Interessen der Normal- und Besserverdienenden vertrete. Wie passt das zusammen?

Es gibt eine amerikanische Studie, die besagt, dass Gesellschaften, in denen die Einkommenskluft der Menschen geringer ist, insgesamt glücklicher und zufriedener sind. Daher ist die Verbesserung der Lebensumstände von Menschen, die in prekären Verhältnissen leben, gut für alle.

Je ungleicher die Einkommen verteilt sind, desto unzufriedener sind alle?

Natürlich. Sehen Sie sich in den USA die abgeschotteten Reichtümer an. Da werden die Viertel abends quasi abgeschlossen und die Bewohner lassen sich von privaten Leibwächtern bewachen. Ich möchte so nicht leben. Da würde ich mich unfrei fühlen. Es gibt aber

noch eine andere Seite: Im Osten ist die Linke eine Volkspartei, was sie im Westen nicht ist. Wenn man in Wahlkreisen die absolute Mehrheit erreicht, spricht man automatisch alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung an. Die Frage ist nur, ob man auch bei allen die richtige Ansprache findet. Es gibt viele Menschen, die aktuell in einigermaßen vernünftigen Verhältnissen leben, die aber die Ungerechtigkeit in der Gesellschaft stört. Die wollen wir natürlich auch ansprechen.

Das funktioniert im Westen aber kaum. Gerade die Wahl in Baden-Württemberg hat gezeigt, dass Ihre sozialen Themen nicht ankamen. Nach Fukushima sprechen Sie nun offensiv vom „sozialökologischen Umbau“. Versuchen Sie damit, grüne Themen zu besetzen?

Nein, das ist für uns ein ganz wichtiges Thema.

Aber ein neues Thema.

Ein Thema, bei dem wir Anknüpfungspunkte haben, aber unsere Positionen noch nicht genügend ausgearbeitet, beziehungsweise sie nicht prominent genug vertreten haben. Die Wahl in Baden-Württemberg stand unter dem frischen Schock von Fukushima. Danach stellen sich nun aber ganz viele Fragen. Eine ist, wie der Atomausstieg finanziert werden soll. Wir wollen verhindern, dass der Ausstieg auf Kosten derer geht, die wenig Geld in der Tasche haben. Die Energiekonzerne müssen da auch ihren Beitrag leisten. Es kann nicht sein, dass dann am Ende wenige Konzerne mit Ökostrom die große Rendite machen. Auch das muss gesellschaftlich reguliert werden. Bis 2007 hatten wir eine staatliche Strompreiskontrolle, die abgeschafft wurde. Die gehört dringend wieder eingeführt.

Es geht also um mehr Regulierung und kollektive Lösungen. Das fordern Sie gerade dort, wo es um die öffentliche Daseinsvorsorge geht.

Genau. Schauen Sie sich mal die Deregulierung der vergangenen 20 Jahre an: Die hat viele Probleme erst geschaffen. Die Finanzkrise hätte es ohne Deregulierung überhaupt nicht gegeben. Ich kann mich sehr gut an eine Genossin erinnern, die Anfang der 90er Jahre und sagte: „Das Schlimmste ist die Deregulierung!“ Sie hatte Recht behalten.

Der Ausbruch der Finanzkrise liegt nun schon einige Jahre zurück. Kommen solche Debatten nicht etwas spät?

Der Höhepunkt der Finanzkrise war 2008. Da wurde auch sehr viel über Regulierung gesprochen – nur wurde leider nichts umgesetzt. Weder wurde die Bankenaufsicht gestärkt, noch hat man toxische Finanzprodukte verboten. Ich denke, dass es da Entscheidungen und nicht nur Ankündigungen bedarf. Wir sehen es jetzt in der Euro-Krise, dass uns die Probleme aus der Finanzkrise 2008 wieder auf die Füße fallen. Weil die Bundesregierung und die Banken jede Regulierung hintertrieben haben.

In letzter Zeit gab es Vorwürfe, dass die Linke ein Antisemitismusproblem hätte. Ist die Linke als letzte Oppositionspartei ein Magnet für solche Gruppen? Besteht die Gefahr, dass solche Strömungen die Partei unterwandern?

Ich glaube nicht daran, dass sich



Foto: Axel Malsch

Gesine Löttsch nahm sich Zeit für Heidelberger Studenten und Genossen.

solche Strömungen bei der Linken etablieren können. Wir haben da als Partei sehr klare Positionen und achten sehr genau darauf, dass so etwas nicht passiert. Versuche, Parteien zu unterwandern, gibt es übrigens bei allen Parteien.

Während alle anderen Parteien mittlerweile untereinander koalieren, bleibt die Linke meist außen vor. Meinen Sie, dass sich das ändern wird?

Bisher hatten wir nur auf Landesebene Koalitionen mit der SPD. Wenn die Grünen weiter stark sind, kann es durchaus auch eine Koalition Grüne-Linke geben. Was ich ausschließe, sind Koalitionen mit der CDU und der FDP.

Doch im Westen werden die Chancen auf solche Koalitionen immer geringer. Die Linke hat dort massiv verloren. Ist das eine Durststrecke oder wird die Linke wieder eine „Regionalpartei Ost“?

Nach der Vereinigung von WASG und PDS zur Linken hatten wir von 2005 bis 2007 eine große Anfangseuphorie. Nun sind wir in den Mühen der Ebene angelangt und im Westen gerade erst dabei, Parteistrukturen aufzubauen, die andere bereits seit Jahrzehnten besitzen. Gerade hier im Flächenland Baden-Württemberg gibt es Orte, in denen noch nie ein Linker kandidiert hat und wo SPD-Mitglieder lange sogar als Linksradikale galten. In der Anfangseuphorie sind viele Leute gekommen, die meinten, dass sich mit ihrem Eintritt alles sofort zum Besseren ändern würde. Das ist so schnell aber gar nicht möglich.

Die Linke im Westen ist also immer noch eine Partei im Aufbau?

Natürlich. Aber nicht nur im Westen. Nach der Vereinigung zur Partei „Die Linke“ mussten wir unsere Gemeinsamkeit erst erarbeiten. Das war und ist noch mit kleineren Problemen und Reibereien verbunden – manchmal auch mit größeren. Diese innerparteilichen Gemeinsamkeiten in Ost und West zu erarbeiten ist eine große Mühe.

Eine Zukunftsprognose: Die SPD unter Sigmar Gabriel orientiert sich nach dem Abtritt des Schröder-Flügels wieder stärker nach links. Glauben Sie an eine rot-rot-grüne Regierung im Jahr 2013?

Unser Ziel ist, dass Rot-Grün 2013 nicht ohne uns regieren kann. Ich bin mir aber noch nicht sicher, wie sich die Kräfteverhältnisse in der SPD entwickeln. Sigmar Gabriel vertritt heute die eine und morgen eine andere Position – da ist noch vieles offen. Unser Anspruch ist, die Gesellschaft zu verändern, und das wollen wir auch umsetzen.

Wird dafür Oskar Lafontaine zurückkommen?

Oskar Lafontaine ist ja nicht weg. Er ist Linke-Fraktionsvorsitzender im Saarland, Vorsitzender unserer Internationalen Konferenz und nach wie vor ein wichtiger Ideengeber. Er wird sehr genau darüber nachdenken, welche Rolle er in Zukunft spielen will und wird.

Also möchte er nicht noch mal Parteivorsitzender werden?

Das müssen Sie ihn schon selber fragen. ■

Hintergrund „Wege zum Kommunismus“

Am 5. Januar 2011 druckte die marxistische Tageszeitung „Junge Welt“ eine Rede von Gesine Löttsch mit dem Titel „Wege zum Kommunismus“ ab. Diese wollte sie drei Tage später auf dem Rosa-Luxemburg-Kongress „Wo bitte geht's zum Kommunismus? Linker Reformismus oder revolutionäre Strategie – Wege aus dem Kapitalismus“ halten. Löttsch wollte auf dem Kongress auch an einer Podiumsdiskussion teilnehmen. Neben ihr sollten auch Bettina Jürgensen, Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei, und

Inge Vielt, Mitglied der aufgelösten linksradikalen Terrorgruppe „Rote Armee Fraktion“ auf dem Podium sitzen. Vielt sieht die Gewalt der RAF als „notwendigen Klassenkampf von unten“ bis heute als gerechtfertigt an. CDU, FDP und SPD kritisierten Löttsch besonders für ihre geplante Teilnahme an der Diskussion. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt sagte Löttsch würde sich „außerhalb der Verfassung positionieren“. Löttsch sagte die Teilnahme ab und lies dort nur eine Stellungnahme verlesen.

FSK wieder ohne Mehrheit

Diesmal wurden Unigremien gewählt

Wie schon vor zwei Jahren büßte die FSK bei der universitätsweiten Gremienwahl wieder die absolute Mehrheit im AstA ein. Weitreichende Konsequenzen scheint es diesmal aber nicht zu geben. Auch sonst bleiben die Verhältnisse beim Alten, von der niedrigen Wahlbeteiligung mal abgesehen.

Am 5. Juli fanden an der Universität Heidelberg die Wahlen des Senats, des Allgemeinen Studierenden-ausschusses (AstA) und der zwölf Fakultätsräte statt. Im Vergleich zu den Fachratswahlen im vergangenen Monat (*ruprecht* berichtete), wurden nun die studentischen Vertreter auf der Fakultätsebene gewählt. Ihnen stehen je nach Größe der jeweiligen Fakultät zwischen fünf und acht Sitzen zur Verfügung.

In den meisten Fakultäten werden die Kandidaten allein von den Fachschaften gestellt. Ausnahmen sind die Fachschaft Jura und Medizin, in denen sich politische Hochschulgruppen an der Wahl beteiligten. Bei den Juristen holte der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) drei der acht Sitze und stellt damit fast die Hälfte der studentischen Vertreter im Fakultätsrat. In der Medizinischen Fakultät Heidelberg kandidierte neben der Fachschaftsliste „HEID-I-MED“ auch die Liberale Hochschulgruppe (LHG).

Genug Stimmen für einen Platz im höchsten Gremium der Fakultät erreichte allerdings keines der Mitglieder. Im Senat, dem zentralen und

höchsten Gremium der Universität, stellen die Studierenden vier der insgesamt 40 Sitze. Diese verteilen sich mit drei Sitzen auf die Fachschafskonferenz (FSK) und mit einem auf die Grüne Hochschulgruppe (GHG). Hier hat sich gegenüber dem Vorjahr nichts verändert. Eine Umverteilung der Kräfteverhältnisse hat es im AstA gegeben: Hier verlor die FSK einen der sechs Sitze aus dem Vorjahr an die Grüne Hochschulgruppe (GHG). Die FSK ist nun mit fünf, die GHG mit drei, und die Gruppen LHG, Juso und RCDS mit jeweils einem Sitz vertreten. Damit hat die FSK wie vor zwei Jahren die absolute Mehrheit im AstA verloren. Dieser ist in Baden-Württemberg jedoch nicht als eigenständiges Gremium zu verstehen. Er ist lediglich ein Senatsausschuss, der dem Rektorat beratend zur Seite steht.

Konsequenzen für die FSK könnte das Ergebnis dann haben, wenn alle Hochschulparteigruppen es schaffen, sich wie vor zwei Jahren gegen sie zusammenzuschließen. Damals bildete sich der Finanzausschuss vFa, der die Kontrolle über die eine Hälfte der AstA-Gelder besaß. Nach Aussagen von Nicolas Bellm (GHG) ist eine erneute Bildung des



Die Wahlbeteiligung sank von 13 auf 11 Prozent in diesem Jahr.

vFA zumindest in seiner Hochschulgruppe nicht erwünscht. Außerdem möchten sich die Grünen für ein ähnliches Modell der verfassten Studierendenschaft einsetzen wie die FSK.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Wahlbeteiligung von 13 auf 11 Prozent gesunken. Die niedrigste Beteiligung findet sich an der Neu-philologischen Fakultät mit 6,47

Prozent und der Fakultät für Verhaltens- und Empirische Kulturwissenschaften mit 5,21 Prozent. Die Theologische Fakultät hat sich mit 24,27 Prozent am stärksten an der diesjährigen Wahl beteiligt. Weitere Details zu studentischen Vertretern im Senat, AstA und den Fakultäten sind auf der Internetseite der Zentralen Universitätsverwaltung zu finden. (jcg, xmu)

„Es geht schon irgendwie“

Psychologie erwartet Ausgleich für Studiengebühren

Die Studiengebühren werden abgeschafft und sollen durch Landesmittel vollständig kompensiert werden. Im Psychologischen Institut sieht man der bevorstehenden Umstellung gelassen entgegen.

Im kommenden Wintersemester müssen die Studierenden in Baden-Württemberg zum letzten Mal für die Uni tief in die Tasche greifen: Danach sind Studiengebühren Geschichte. Damit aber die Annehmlichkeiten, die die Institute mit dem Geld bereitgestellt haben, nicht genauso wieder verschwinden, hat das Land den Universitäten Kompensationszahlungen zugesagt. Wissenschaftsministerin Theresia Bauer kündigte an, für diese Ersatzzahlungen auf Mittel aus dem Landeshaushalt zurückzugreifen, die mit höheren Steuereinnahmen gedeckt würden.

Ziel solle es sein, dass die Studierenden kein Geld mehr zahlen müssen, die verbesserte Studiensituation mit bezahlten Sprachkursen, Freikopien oder zusätzlichen Tutorien oder Lehrveranstaltungen aber

dennoch weiterhin sichergestellt ist. So der Plan.

Dieser Plan ist aber noch nicht fertig. „Der Gesetzesentwurf soll noch vor der politischen Sommerpause stehen. Bisher sind für das ganze Land 137 Millionen Euro als Ersatzmittel für die Universitäten eingeplant“ kündigt Jochen Laun, Pressesprecher des Wissenschaftsministeriums, an. „Die Ersatzzahlungen vom Land sollen genau wie die Studiengebühren ausschließlich für die Verbesserung von Studium und Lehre verwendet und auch mit den Studierenden im Einvernehmen verteilt werden“, sagt Laun weiter.

An der Uni harret man derzeit der Dinge, die da kommen: „Wir wissen noch nichts Genaueres“ sagt Joachim Schahn vom Psychologischen Institut, mit Blick auf das unfertige Gesetz. Die Psycholo-

gen finanzierten mit den Studiengebühren Computerarbeitsplätze, Tutorien und zusätzliche Lehrveranstaltungen. Wenn die Ersatzzahlungen vom Land geringer ausfielen als versprochen „würde es aber auch irgendwie gehen“, sagt Schahn. „Vorher ging es ja auch.“ Das Serviceniveau könne aber nicht gehalten werden. Schon jetzt sparen die Psychologen kräftig. Durch Geschwisterregelung und die verkürzte Studienzzeit von Bachelor und Master kommt ohnehin immer weniger Geld in die Kasse.

Unabhängig davon sieht Schahn die Studierenden insgesamt auf der Gewinnerseite, auch wenn die Ersatzzahlungen nicht den vollen Umfang der Studiengebühren erreichen sollten und Serviceleistungen gestrichen werden müssten: „Dann müssen die Studierenden wieder längere Schlangen bei der Studienberatung in Kauf nehmen und ihre Kopiegebühren eben wieder selber zahlen – mit dem Geld, das sie an Studiengebühren einsparen.“ Allerdings seien Institute mit Studiengängen ohne NC viel mehr als die Psychologen auf die Studiengebühren und deswegen auch auf ausreichende Kompensationszahlungen angewiesen.

Man darf gespannt sein, was aus der Zusage der Politik wird und ob die Ersatzzahlungen tatsächlich voll kompensieren können. Aber auch Gelassenheit ist erlaubt: Selbst wenn der angenehme Service eingeschränkt werden müsste, blieben den Studierenden 500 Euro mehr im Semester. Viel Geld, für das sie vielleicht auch längere Wartezeiten beim Studienberater in Kauf nehmen. (bw)

Uni statuiert Exempel

Fortsetzung von Seite 1: Dokortitel adieu

In ihrer Reaktion auf diese Entscheidung räumte Koch-Mehrin ein, dass ihre Arbeit Schwächen und Fehler aufweise, diese aber bereits in die Benotung eingeflossen seien. Sie unterstellt damit, dass ihre Gutachter die Plagiate vor elf Jahren bereits erkannt hätten, sie jedoch euphemistisch als „Schwächen“ eingestuft und ignoriert hätten. Berg weist diese Darstellung entschieden zurück. Niemand habe im Promotionsverfahren je den Verdacht geäußert, die Dissertation könne Plagiate enthalten. Er möchte, dass dieses Verfahren in der Öffentlichkeit verstanden wird. Die Fakultät sei verpflichtet, Plagiatsvorwürfe zu prüfen und habe dies im Fall Koch-Mehrin mit großer Sorgfalt und unvoreingenommen getan.

Eine der häufigsten Fragen, die Berg gestellt wird, ist, warum die Gutachter der Arbeit die Plagiate nicht erkannt hatten. Wie kann es sein, dass die abgeschriebenen Stellen von zwei Experten des Fachs gelesen werden, ohne dass diese aufmerksam wurden? Berg steht hinter seinen Kollegen: „Es passiert selten, dass man eine Textstelle beim Lesen eindeutig wiedererkennt. Schließlich kann man ja nicht die gesamte Literatur im Kopf haben.“ Er ist überzeugt, dass die Gutachter in dieser Hinsicht keine Mitschuld trifft.

Eine andere Frage ist die nach Plagiatssoftware und warum man die im Jahr 2000 bereits verfügbare Technik nicht genutzt hatte. Was hierbei vergessen wird – damit das Programm ein Plagiat als solches erkennen kann, muss es auf eine Bibliothek digitalisierter Texte zurückgreifen können. Und die war vor elf Jahren bei Weitem nicht so umfangreich wie sie es heute ist.

Antrag abgelehnt

Anfang des Jahres hatten die Rektorin der Pädagogischen Hochschule, Anneliese Wellensiek, und Uni-Rektor Bernd Eitel beim Land einen Antrag gestellt, um Bildungspartnerschaften zwischen den beiden Hochschulen zu fördern (*ruprecht* berichtete). Im Rahmen des Wettbewerbs „Kooperationsmodelle in der Lehrerbildung“ hatten sich verschiedene Hochschulen mit unterschiedlichen Projekten um Finanzmittel beworben.

Der Antrag aus Heidelberg wurde nun abgelehnt, andere Projekte werden stattdessen gefördert. „Die Ablehnung des Antrags bedeutet dabei aber nicht, dass die Zusammenarbeit der verschiedenen Systeme von Uni und PH damit am Ende wäre“ sagt Erich Streitenberger vom Zentrum für Lehrerbildung der Uni Heidelberg.

Schon jetzt arbeiten die beiden Hochschulen in Projekt-Partnerschaften im Bereich Schulpädagogik und Geographie zusammen. So profitieren Lehramtsstudierende der Uni vom pädagogischen Schwerpunkt der PH, deren Studierenden kommt wiederum das fachwissenschaftliche Niveau der Uni zu Gute.

Ziel aller Projekte beim Wettbewerb war es, die Lehrerbildung zu verbessern, indem Universitäten, Pädagogische Hochschulen und Fachhochschulen enger zusammenarbeiten. Den sechs siegreichen Projekten im Land stehen nun für die nächsten drei Jahre 2,7 Millionen Euro zur Verfügung. (bw)



Ohne Studiengebühren kann es bald wieder zu langen Schlangen kommen.

Bleib nicht wie Du bist

Auch nach 40 Jahren ist das BAföG noch ein bürokratisches Abenteuer

Am 1. September 1971 wurde das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) von der damaligen sozial-liberalen Koalition eingeführt. Heute werden knapp ein Viertel der Studenten durch das BAföG unterstützt. Um eine Förderung zu erhalten muss man einige bürokratische Hürden nehmen.

Rolf Dobischat sieht zufrieden aus. Die rechte Hand versteckt er in der Hosentasche, mit der linken hält er seine Brille fest. Ein verschmitztes Lächeln liegt auf seinen Lippen. Dazu trägt er ein blaugrau gestreiftes Hemd, passend zum dunkelblauen Sakko. Man könnte meinen, Dobischat arbeite als professionelles Fotomodell. Knapp daneben. Dobischat ist Präsident des Deutschen Studentenwerkes. In dieser Funktion begrüßt er den Heidelberger Studenten Thomas in einem Sonderheft zum 40. Geburtstag des BAföG. Für Dobischat und das Studentenwerk ist das ein Grund zum Feiern.

Thomas, Student im vierten Semester, schaut sich die Broschüre näher an. In seiner Geburtstagsansprache verwendet Dobischat Worte wie „Erfolgsgeschichte“, „kulturelle Errungenschaft“ oder „Chancengleichheit“. Daneben outen sich ein paar Geburtstagsgäste: „Ich habe BAföG bekommen!“, schreiben Renate Künast und Annette Schavan. Sogar Thomas Gottschalk konnte sich sein Studium nur durch das BAföG finanzieren. Die nächsten beiden Seiten stellen die 68er-Proteste als Grund für die BAföG-Einführung dar. Auf der letzten Seite entdeckt Thomas noch das Wort „Bürokratieabbau“. Er versichert sich gleich, ob er nicht doch die Wahlwerbung irgendeiner Partei in der Hand hält. Aber nein, das ist nicht der Fall. Vor lauter Feierstimmung würde Thomas am liebsten den Sekt kaltstellen oder zumindest ein Stück Geburtstagskuchen essen. Auf dem Weg in die Küche lässt er erneut einen Blick über seinen Schreibtisch schweifen – da entdeckt er ihn, den in Vergessenheit geratenen BAföG-Antrag.

„Das BAföG ist eine stabile Einheit“, sagt der aus Heidelberg stammende Politikwissenschaftler Klaus Landfried. Vor allem jungen Menschen aus finanziell schwachen Familien wird somit ein Studium

ermöglicht. Als ehemaliger Vorsitzender der Hochschulrektorenkonferenz kennt sich Landfried mit der Materie aus. Er bedauert, dass dem BAföG ein teilweise undurchsichtiger, bürokratischer Prozess vorausgeht. Das war nicht immer so. Bei der Einführung des BAföG 1971 gab es viel weniger strenge und umständliche Vorschriften als heute. Das hängt damit zusammen, dass die Zahl der Studierenden bei der Einführung des BAföG geringer war. 1971 waren knapp 800.000 Studenten an deutschen Universitäten eingeschrieben, derzeit sind es rund 2,2 Millionen. Mit der wachsenden Zahl der Studierenden wurde auf das Mittel der Datenverarbeitung zurückgegriffen, was den Bewerbungsvorgang komplizierter gemacht habe, erklärt Landfried. Zu dem dürfe man die „Entscheidungsfreude deutscher Bediensteter in Studentenwerk und Verwaltung“ nicht überschätzen.

So muss sich Thomas erneut mit seinem BAföG-Antrag befassen – bereits zum dritten Mal. Denn bei einem erfolgreichen Bescheid muss der komplette Antrag alle zwei Semester wieder ausgefüllt werden. Die Frist für den Aktualisierungsantrag ist dann jeweils zum Ende des Semesters gesetzt. „Der eigentliche Antrag nimmt wenig Zeit in Anspruch“, sagt Thomas. Nervig seien nur die ganzen Belege, die man zum wiederholten Male einsenden müsse: Einkommensnachweise der Eltern, aktueller Kontoauszug, Mietvertrag, Studienbescheinigungen, Belege für Sparkonten und etliches mehr. In den nächsten Tagen muss er noch zu seinem Studienberater, um nachzuweisen, dass er sich in der Regelstudienzeit befindet. Im schlimmsten Fall habe man etwas vergessen und werde darüber per Brief informiert, anstatt eine E-Mail zu bekommen, kritisiert Thomas.

Problematisch sei auch die lange Bearbeitungsdauer des Antrages: Die liegt in der Regel bei drei Mona-



40 Jahre BAföG – aber wohl nur wenige Studenten werden den runden Geburtstag feiern.

ten. „Gerade zu Beginn des Wintersemesters habe ich kein gesichertes Einkommen. Da muss ich dann schauen wie ich über die Runden komme.“

Verwundert zeigt er sich auch, dass einer seiner Kommilitonen mehr BAföG erhalte, obwohl zwischen den Einkommen der Eltern kein großer Unterschied bestehe. Helga Abt-Schmitt, Leiterin der Abteilung Studienfinanzierung gesteht, dass es nach der letzten BAföG-Erhöhung im Oktober 2010 dazu kommen könne. Das ersehe zunächst zwar ungerecht, käme aber daher, dass die Beträge Ergebnisse eines „bürokratischen Weges“ seien, der von vielen Faktoren beeinflusst wäre. Somit seien die Zahlen auf dem Bescheid für den Beziehenden nicht immer nachvollziehbar.

Dieser „bürokratische Weg“ hänge mit dem „Perfektionismus der Verwaltung“ zusammen, macht Klaus Landfried deutlich. In jeder Verwaltung beruhe die Bezahlung eines Leiters auf der Anzahl

der Mitarbeiter, die ihm untergeben seien. Die Mitarbeiterzahl der Dienststelle wiederum richte sich nach der Summe der unerledigten Aufträge. Je mehr Vorschriften man erlasse, desto mehr Bremsen werden innerhalb einer Behörde geschaffen und die „Stauwelle“ vergrößere sich weiter. „Ein wunderbarer Mechanismus“, kommentiert der Politikwissenschaftler sarkastisch. Landfried sagt aber auch: „Dieses Dickicht ist nicht gottgewollt.“ Mehrfach habe er in der Hochschulrektorenkonferenz versucht, dieses zu zerlegen.

Eine Möglichkeit, das „Bürokratiemonster BAföG“ zu einer effektiveren Ausbildungsförderung zu machen, wäre das Drei-Körbe-Modell. Dieses sieht einen Festbetrag für Studenten vor, die regelmäßig Leistungsnachweise vorzeigen können. Kommen die Studierenden aus einkommensschwachen Familien, können sie mit weiteren Zuschüssen rechnen. Der dritte Korb hält ein unverzinsliches Darlehen für jene Studenten bereit, die für ihren Abschluss ein bis zwei Semester länger brauchen, als die

Regelstudienzeit vorgibt. Landfried wollte einen Festbetrag von bis zu 800 Euro pro Student veranschlagen, ist mit seinem Modell jedoch auf erheblichen Widerstand getroffen. „Ich habe Schlachten geschlagen, aber ich war unterlegen.“ Nichtsdestotrotz rechnet er mit einer Verbesserung der Lage in Baden-Württemberg durch die neue Landesregierung. Wahrscheinlich im Laufe des nächsten Jahres werden die Verfassten Studierendenschaften wieder eingeführt. In denen werden die Studierenden eine Chance bekommen „lauter zu sprechen“, um auf Probleme im Zusammenhang mit dem BAföG deutlicher aufmerksam zu machen.

Ob Thomas dann noch in Heidelberg studieren wird, bezweifelt er. Am liebsten würde er seinen Master in Kunstgeschichte in der Schweiz machen. Nachdem er feststellen muss, dass er weder Sekt noch Kuchen vorrätig hat, gießt er sich zum Anstoßen ein Glas Wasser ein und setzt sich an seinen Schreibtisch zurück. Er nimmt einen Schluck, legt die Broschüre beiseite und beginnt seinen BAföG-Antrag auszufüllen. (mgr)

Blutspendezentrale Heidelberg
Im Neuenheimer Feld 583 - Technologiepark -



Fürs Leben gerne Blutspenden

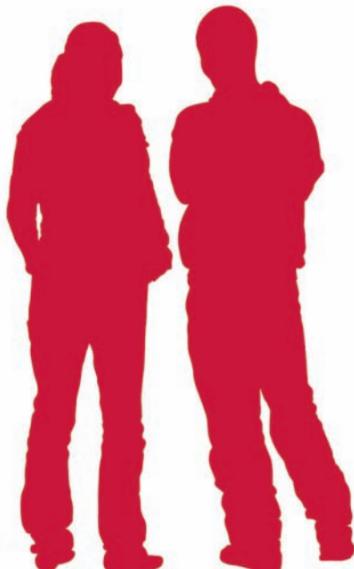
Spenden Sie zum ersten Mal bei uns?

Kommen Sie bitte mit einem gültigen Ausweis bis spätestens eine Stunde vor Spendenschluss, damit wir Sie umfassend und in Ruhe informieren können.

Spendenzeiten:

Montag	8:00 - 12:00 Uhr	13:00 - 16:00 Uhr
Dienstag	-	13:00 - 18:00 Uhr
Mittwoch	8:00 - 12:00 Uhr	13:00 - 16:00 Uhr
Donnerstag	-	14:00 - 19:00 Uhr
Freitag	8:00 - 12:00 Uhr	13:00 - 16:00 Uhr
Samstag (immer am 2. Samstag des jeweiligen Monats)	09:00 - 13:00 Uhr	

www.iktz-hd.de oder **650 510**



Hochschulteam
- Angebote im Juli

12.7. Die Bewerbungsmappe

- keine Anmeldung erforderlich!
Petra Kuhn und H. J. Böhler, HS-Team
Neue Universität, HS02, 18:00 Uhr

13.7. Check der Bewerbungsunterlagen

- Anmeldung per E-Mail erforderlich!
AA Heidelberg

E-Mail: Heidelberg.Hochschulteam@arbeitsagentur.de

Agentur für Arbeit Heidelberg
Kaiserstraße 69/71 • 69115 Heidelberg
www.arbeitsagentur.de



Bundesagentur für Arbeit

„Wir lassen uns viel zu leicht ins Bockshorn jagen“

Die Debatte um weibliche Führungskräfte in Politik und Wirtschaft bleibt durchweg theoretisch. Wir wollen wissen, welche Erfahrungen Frauen im akademischen Leben machen und fragen Heidelberger Wissenschaftlerinnen. Katja Patzel-Mattern, Sandra Kluwe, Claudia Ullrich de Flores und Julia Portl diskutieren über Quoten- und Vorbildfrauen, über Gründe für und gegen eine Karriere an der Universität.

Das Gespräch führte Stefanie Fetz

Warum sind „Frauen in der Wissenschaft“ überhaupt ein Thema? Warum müssen wir hier sein und darüber reden?

Katja Patzel-Mattern: Es gibt noch nicht viele Generationen von Frauen, die in Deutschland in den Wissenschaften Fuß fassen konnten, denn das Frauenstudium wurde erst 1900 in Baden eingeführt. Heute sind Frauen in einzelnen Fächern und vor allem in Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert.

Die Anzahl der Universitätsabsolventinnen nimmt stetig zu, der Anteil der Professorinnen liegt momentan bei zwölf Prozent. Woran liegt das?

Sandra Kluwe: Nach dem Gleichstellungskonzept der Universität Heidelberg gilt: Wenn in einem Berufungsverfahren weniger als 20 Prozent Bewerbungen von Wissenschaftlerinnen eingegangen sind, soll aktiv rekrutiert werden. Zumindest für eine Übergangsphase muss wohl in dieser Art nachgeholfen werden.

Patzel-Mattern: Wie ist denn Ihre Erfahrung? Wird wirklich aktiv nachrekrutiert?

Kluwe: Das kann ich so nicht beurteilen. In den geisteswissenschaft-

lichen Fächern gehen wohl in den meisten Fällen genügend Bewerbungen von Frauen ein. Für die Naturwissenschaften dürfte eine zusätzliche Schlaufe hier und da notwendig sein.

Claudia Ullrich de Flores: Als studentisches Mitglied in einer Berufungskommission in der Romanistik war meine Erfahrung, dass zunächst ein Großteil der Bewerber Frauen waren. In der Vorauswahl, an der nicht alle Kommissionsmitglieder gleichmäßig mitwirken, fiel ein ganz großer Teil der Frauen raus – warum auch immer. In der engeren Wahl war der Männeranteil dann letztlich höher. Das gibt einem doch zu denken, wenn es vorher partiell mehr Frauen waren. Vielleicht liest sich der ein oder andere Lebenslauf nicht so gut, weil man eben nicht so schnell so weit gekommen ist; weil andere Dinge im Leben auch eine Rolle spielen, die bei einem Mann nicht ganz so zeitintensiv sind.

Wie ist die Erfahrung in den Naturwissenschaften?

Julia Portl: In meinem Studium der Informatik und Mathematik hatte ich durch die Bank herausragende Professorinnen. Auch meine Doktor Mutter ist eine Frau. Ich mag vielleicht die Ausnahme sein, bisher habe ich mir da wenig Ge-



Katja Patzel-Mattern, 41, ist Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Nach ihrer Promotion war sie auch außerhalb der Uni, unter anderem am Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim, tätig.

danken drüber gemacht, weil ich beim Thema Frauen in den Naturwissenschaften nie an Grenzen gestoßen bin.

Es gibt die These, dass Frauen als Lehrende beide Geschlechter fördern, Männer jedoch eher Männer fördern. Würden Sie dem zustimmen?

Ullrich: Ich komme aus einem Fach mit besonders hohem Frauenanteil unter den Studierenden. Wir hatten während meines Studiums hauptsächlich männliche Professoren und es war schon auffällig, dass viele von den HiWis Männer waren. Auch im Kreise derer, die dann eine Promotion beginnen, sind überdurchschnittlich viele Männer dabei.

Patzel-Mattern: Man sucht Leute nach Ähnlichkeiten aus. Diese können zum Beispiel auch im Lebenslauf liegen. Der sogenannte „Normallebenslauf“ hat bei der Stellenbesetzung lange Zeit als Maßstab gegolten; sehr geradlinig und zielgerichtet, ohne Unterbrechungen und ohne Schlenker, eher ein männlicher Lebenslauf. Ein anderer Punkt: Männer sind häufig auch schon am Beginn ihrer Laufbahn sehr zielorientiert. Die kommen nämlich und sagen: Ich suche eine HiWi-Stelle, haben Sie eine? Das machen Frauen viel seltener.

Kluwe: Ein männlicher Professor erzählte mir mal, dass ein männlicher Student zu ihm kam und fragte: Ich möchte bei Ihnen Assistent werden, was muss ich dafür tun? Ich selbst erinnere mich an Studenten, die zu mir in die Sprechstunde gekommen sind und gesagt haben: Wenn ich in der Prüfung 'ne Eins haben will, was muss ich machen? Das geht in dieselbe Richtung. Aber letztlich ist das natürlich immer auch eine Frage des individuellen Typs, bei Frauen ebenso wie bei Männern. Wobei Frauen offensives Selbstmarketing statistisch gesehen wohl häufiger peinlich ist und bei ihnen schneller eine Gehemmtheit im Auftreten entsteht. Frauen setzen sich viel zu oft freiwillig in die zweite Reihe, verstecken sich. Im Prüfungsverhalten fällt mir das auch oft auf. Es gibt diesen Typus einer sehr fleißigen und sehr leistungsfähigen Studentin, die sich in der Prüfung sehr

schlecht verkauft, ängstlich und schüchtern auftritt und sich nicht viel zutraut. Die typische Reaktion ist dann immer: Was, ich habe eine Eins gemacht? Das hätte ich jetzt nicht gedacht. Wobei das eigentlich völlig klar war.

Patzel-Mattern: Das hat natürlich auch etwas mit Rollenverhalten und Erwartungen zu tun. Klassischerweise wird von Frauen eher ein integratives Gesprächsverhalten erwartet. In meinen Seminaren beobachte ich, dass Männer häufiger dazu neigen, lange Co-Vorträge zu halten, wohingegen Frauen versuchen, Anschlüsse herzustellen.

Wie sind die Erfahrungen in Ihrer Uni-Karriere? Gab es Diskriminierungen oder Momente, in denen Sie daran gedacht haben, als Frau benachteiligt zu werden?

Patzel-Mattern: Ich hatte lange Zeit das Gefühl, als Frau stark von Fördermaßnahmen zu profitieren. Meine Stipendien habe ich natürlich durch Leistungen erhalten, vielleicht aber auch angesichts des Bewusstseins, man brauche mehr Frauen in den Wissenschaften. Ich glaube, der „Normallebenslauf“ bricht zunehmend auf und es wird mehr honoriert, neben der Universitätsausbildung links und rechts geschaut zu haben – auf jeden Fall in den Geisteswissenschaften. Damit wird der Weg für Frauen, die häufiger andere Lebensläufe haben, in die akademische Karriere leichter.

Gibt es zu wenig Förderung speziell für Frauen?

Patzel-Mattern: Ich glaube ja. Aber es stellt sich natürlich auch die Frage: Woran soll eine spezifische Frauenförderung gekoppelt sein? Es fehlt vor allem daran, jungen Frauen die Gewissheit zu geben, dass sie eine bestimmte Ausbildungs- oder Karrierestufe erreichen können und dass eine solche Zielsetzung legitim ist. Das fängt bereits auf einer früheren Ebene an – auch wenn die Uni selbstverständlich ebenfalls einen Beitrag leisten kann.

Kluwe: Bis vor kurzem wirkte es in Auswahlkommissionen zentraler Fördereinrichtungen leicht peinlich, nach der Frauenquote zu fragen.

Jetzt wird das standardmäßig geprüft.

Patzel-Mattern: Vielleicht würde da die Aufgabe unterstützend zu wirken doch wieder in den Händen der Universitätslehrerinnen und -lehrer liegen: Frau, bewirb dich auf ein Stipendium, trau dir das zu. Ich unterstütze dich, ich bin sicher, du kannst das. Es ist wichtig, Frauen ganz spezifisch in ihrem Weg zu bestärken.

Ullrich: Ich persönlich möchte nicht bevorzugt werden, weil ich eine Frau bin. Ich möchte die gleichen Chancen haben. Ich möchte nicht reden dürfen, weil ich eine Frau bin, sondern ich möchte reden dürfen, weil ich etwas zu sagen habe. So ist es auch mit Stipendien. Man muss Frauen vielleicht mehr motivieren, ihnen Wege aufzeigen. Aber ich persönlich möchte nicht das Gefühl haben, ich habe ein Stipendium oder die Professur bekommen, weil es eine Frauenquote gab.

Portl: Natürlich muss man früher herangeführt werden, zum Beispiel mit dem Girls Day in den Naturwissenschaften. Solange sich die Geschlechteraufteilung der Studenten nicht bei den Lehrenden einigermaßen widerspiegelt, muss man auch an der Basis arbeiten. Für mich war es immer total selbstverständlich und ich habe mir nie Gedanken darüber machen müssen, ob Frau oder nicht Frau. Vielleicht hat das damit zu tun, dass ich auf einem Mädchengymnasium war. Wenn es keine Probleme und kein Gefälle gäbe, hätten wir auch keine Frauenbeauftragten. Aber mir wurden nie Steine in den Weg gelegt.

Wie fiel die Entscheidung, zu promovieren?

Portl: Ich hatte wie viele Mathematik-Studentinnen auf Lehramt studiert. Am Ende meines Studiums hatte ich gar nicht das Bedürfnis, an die Schule zu gehen. Ich wollte promovieren und das ging dann.

Ullrich: Für mich waren Noten und der schulische Erfolg nie so wichtig. Ich hätte nie gedacht, im Vergleich zu meinen Kommilitonen in einer besseren Leistungsgruppe zu liegen. Mein Professor, bei dem ich jetzt die



Claudia Ullrich de Flores, 30, zieht für ihre Doktorarbeit in der Romanischen Sprachwissenschaft nach Bolivien. Dort wird sie die zweisprachige Grundschulziehung indigener Gemeinschaften untersuchen.



Bären-Treff®
 Der Fruchtgummi-Laden
 Heidelberg • Hauptstr. 144
 Tel. u. Fax 06221/164209

Die Fußballmischung zur WM!

www.baeren-treff.de heidelberg@baeren-treff.de

Vier Heidelberger Akademikerinnen diskutieren über Frauen in der Wissenschaft

Promotion beginne, hat schon sehr früh begonnen, mich zu motivieren. Er hat mich als HiWi angestellt und im vierten oder fünften Semester in sein Doktorandenkolloquium geholt. Er hat mir sehr früh das Gefühl gegeben, ich könne das und er traue mir das zu. Dennoch ist mir die Entscheidung schwer gefallen, weil mehr dazugehört als die fachliche Kompetenz. Man muss den ganzen Lebensentwurf überdenken. Und die Entscheidung ist erst kürzlich gefallen.

Fiel damit auch die Entscheidung für eine Karriere an der Uni?

Ullrich: Ich könnte mir gut vorstellen, weiterhin wissenschaftlich zu arbeiten. Aber für eine echte Universitätskarriere bin ich die Falsche. Ich möchte nicht so werden müssen, wie man vielleicht muss. Ich möchte nicht mit Ellbogen kämpfen, um weiterzukommen.

Kluwe: Sie würden eine typische Uni-Karriere mit der Fähigkeit beschreiben, die Ellbogen auszufahren und strategisch zu agieren?

Ullrich: Ein Stück weit. Ich kann das aber nur für meine Institute und Seminare sagen – und klar, da gibt es auch Unterschiede.

Portl: In der Wirtschaft wird genau so wenig gekuschelt.

Ullrich: Das ist natürlich wahr. Aber eine Entscheidung für eine Universitätskarriere muss man sich insofern gut überlegen, weil der Weg raus nicht mehr so einfach ist. Angenommen ich brauche noch ein paar Jahre für meine Promotion, bin Mitte bis Ende 30 und habe nicht die Möglichkeit, an der Uni zu bleiben. Möchte man dann wechseln, werten Personaler die Tätigkeit an der Uni meist nicht als Berufserfahrung. Man ist Berufsanfänger, im schlimmsten Fall auch noch fachlich überqualifiziert.

Patzel-Mattern: In der Überlegung für oder gegen eine Unikarriere spielt auch folgendes eine Rolle: Männer haben oft die Assistentenstelle, die früher von einer C1- in eine C2-Stelle umgewandelt wurde. Das gibt Planungssicherheit. Es ist kein Zufall, dass ich den Weg über Stipendien gewählt habe – ein klassisch weiblicher Lebensweg. Er ermöglicht Flexibilität – sei es für Partnerschaft, Familie oder auße-

runiversitäres Engagement, manchmal zulasten der Sicherheit.

Kluwe: Mich würde interessieren, ob sich Frauen Handicaps immer noch selbst zuschreiben, oder ob sie vielleicht sogar im Sinne der Überkompensation erst recht ostentativ auftreten: Bloß nicht in die Schublade der zurückhaltenden Dame gesteckt werden wollen, obwohl solches Verhalten in anderen Einrichtungen wie der Schule oder in der Erziehung nicht selten auf positive Resonanz stößt.

Patzel-Mattern: Die Verstärkung im Kindesalter halte ich für ganz massiv. Mädchen werden in Kindergarten und Schule immer noch für ihre zurückhaltende Art gelobt. Das betont schon eine gewisse Erwartungshaltung und hängt sicherlich mit weiblichem Gesprächsverhalten, der Selbstsicherheit, der Fähigkeit, eigene Ansprüche zu formulieren, zusammen.

Sie sprechen das Thema Familie an. In einem Gespräch mit Frauen über Karriere kommt man automatisch an diesen Punkt. Warum werden ihre männlichen Kollegen nie nach Familie, Kindern und der Vereinbarkeit mit dem Beruf gefragt?

Kluwe: Es gehört im Allgemeinen nicht zum männlichen Kommunikationsstil, über das Privatleben zu sprechen. Das wird professionell ausgeblendet. Die meisten prototypischen Karrieremenschen sind stolz darauf, wenn sie alles Private in irgendeiner Art und Weise unsichtbar gestalten können.

Patzel-Mattern: Deutschland löst sich erst langsam von den Denkmustern Mann ist gleich Ernährer, Frau ist gleich Familie. Ich habe zwei Kinder, mein Mann hat seine Arbeitszeit reduziert, damit das so funktioniert. Ich befinde mich häufig in dem Zwiespalt, genüge ich meiner Familie und genüge ich meinem Beruf? Ich verlängere dieses Denkmuster also in mein eigenes Leben hinein.

Ullrich: Das hat natürlich auch was mit der Familienpolitik eines Landes zu tun: In den Niederlanden, in Frankreich und in den USA kann der Arbeitgeber spätestens nach drei Monaten gesetzlich einfordern, dass die Frau wieder arbeitet. Ich bemerke bei mir selbst,

obwohl ich mich eigentlich als relativ emanzipiert betrachten würde, dass ich mich schon manchmal frage: Warum hat man ein Kind, dass man es nach drei, vier Monaten jemand anderem überlässt? Die Lösung wäre, das letztlich innerhalb der Partnerschaft auszugleichen, dass beide daran beteiligt sind, aber beide auch beruflich soweit sie denn möchten, weitermachen könnten.

tinnen aktiv zugehen und Angebote aufzeigen, die Familie und Studium vereinbar machen.

Patzel-Mattern: Das Hortangebot hier an der Uni wendet sich gar nicht vorrangig an Studierende. Langfristig könnte das aber auch ein Standortvorteil für Universitäten werden, wenn Studierende knapp werden.



Julia Portl, 27, analysiert und visualisiert für ihre Dissertation neuromuskuläre Verbindungen. In ihrer Arbeitsgruppe in der Informatik sind vier von neun Mitarbeitern weiblich.

Fotos: sfe

Patzel-Mattern: Hinzu kommen aber auch Terminkollisionen und mögliche Krankheitsfälle. Es ist eine enorme Belastung, das zu koordinieren. Eine institutionelle Kinderbetreuung kann hier Sicherheit und Konstanz bieten.

Sollte die Uni mehr Betreuungsmöglichkeiten anbieten und diese flexibler gestalten?

Ullrich: Nicht nur in der wissenschaftlichen Arbeitswelt muss die institutionelle Förderung stimmen, damit sich Frauen für Kinder entscheiden. Die meisten Frauen in meinem Bekanntenkreis warten, bis sie fertig sind mit Studium oder Promotion. Aber die Tatsache, dass ich nicht viel über das Betreuungsangebot in Heidelberg sagen kann, ist eigentlich erschreckend. Vielleicht könnte da eine Universität offensiver vorgehen, auf Studen-

Kluwe: In einigen Studiengängen der Universität Heidelberg wird mittlerweile ein Teilzeitstudium angeboten – unter anderem speziell für Studierende, die Eltern sind. Das darf den betreffenden Studierenden gegenüber Vollzeitstudierenden natürlich keine Nachteile einbringen.

Patzel-Mattern: Ein Teilzeitstudium zeigt ja auch, dass man flexibel ist und es schafft, unterschiedliche Anforderungen zu kombinieren und trotzdem einen bestimmten Bildungsabschluss zu erzielen.

Wie würden Sie die zukünftige Entwicklung einschätzen? Wird es sich irgendwie einrenken oder muss viel dafür getan werden, damit sich etwas verändert?

Kluwe: Ohne Nachhilfe wird sich nicht viel tun. Am Germanistischen Seminar hatten wir über Jahrzehnte hinweg ein Direktorium, das sich aus 100 Prozent Männern zusammengesetzt hat. Frauen fanden sich im Mittelbau, als außerplanmäßige Professorinnen oder Privatdozentinnen. Wir brauchen dringend mehr weibliche Orientierungsfiguren. Wahrscheinlich wird sich das auch in den nächsten zehn Jahren nicht von selbst erledigt haben, dafür gibt es im öffentlichen Leben immer noch viel zu starke Beharrungskräfte.

Ullrich: Ja, diese weiblichen Professorinnen als Vorbild, als Motivationsfaktor, braucht es unbedingt. Während meiner Studienzeit bis vor zwei Jahren gab es unter den Professorinnen keine Frauen mit Kindern. Da überlegt man sich natürlich, ob man eine Karriere ohne Kompromisse will.

Kluwe: Kommt eine Frau, die sich als Role Model mit Kindern und entsprechender Lebensgestaltung

präsentiert, nicht gleichzeitig in die Gefahr, zur Vorzeigedame funktionalisiert zu werden, die beweist, dass alles möglich ist und es letztlich gar nicht so schwierig war?

Patzel-Mattern: Brüche und Selbstzweifel müssen eben auch thematisiert werden. Grundsätzlich geht es darum, nicht an die Leistungsgrenzen zu kommen, wenn man gleichzeitig mit Familie und Karriere glücklich sein will.

Um etwas zu ändern, sollte die Uni also zum einen Frauen bestärken und zum anderen Männer auch mal nach der Familie fragen?

Patzel-Mattern: Ja, natürlich liegt es auch an der Institution, nicht zu erwarten, dass ein Mann auf jeden Fall immer kann. Ihm müssen genauso mögliche familiär bedingte Auszeiten gegeben werden.

Ullrich: Mein persönlicher Eindruck ist, dass sich auch immer mehr junge Männer vorstellen können, für die Karriere der Partnerin zurückzustecken – sei es aus finanziellen Gründen oder wegen eines gewissen Sinneswandels.

Kluwe: Momentan bekommen Frauen in Bewerbungsverfahren pro Kind zwei Jahre angerechnet, in denen sie weniger Zeit hatten, zu publizieren. Vielleicht müsste das annäherungsweise auch für Männer gelten, die nachweislich Elternzeit genommen haben.

Patzel-Mattern: In meinem Lebenslauf gibt es diese Publikationslücke, als ich Kinder bekommen habe. Ideal wäre es, wenn Anrechnungsmöglichkeiten für Erziehungszeiten von Frauen und Männer gleichermaßen gelten würden. Aber davon sind wir noch weit entfernt.

Kluwe: Die Frage ist auch: Gewinnt man mit diesen Regeln überhaupt etwas, oder sind sie im Ernstfall nur Makulatur?

Ullrich: In der einzigen Kommission, in der ich bisher saß, wurden diese Zielsetzungen und Regeln mit keinem Wort erwähnt. Und auch die wenigsten der Bewerber haben deutlich gemacht, dass Familie da ist oder diese den Karrierefortschritt beeinflusst hat – vielleicht mit der Befürchtung, das werde zum Nachteil ausgelegt. Da muss sich etwas ändern. Ich bin kritisch, ob sich die Situation mit Klauseln oder Quoten bessert. Frauen, die es dadurch geschafft haben, sind auch keine guten Vorbilder, die motivieren.

Kluwe: Wahrscheinlich lassen wir uns viel zu leicht ins Bockshorn jagen und als Quotenfrau abstempeln.

Patzel-Mattern: In der Praxis spielen die „Quotenfrauen“ kaum eine Rolle. Diese Befürchtung passt in das weibliche Denkmuster. Frauen glauben oft nicht daran, dass sie hervorragend sind und nicht die Quote, sondern die Leistung sie an eine bestimmte Stelle gebracht hat. Studentinnen sollten fordern, kommunizieren, dass sie Karriere und Familie kombinieren möchten, und an sich glauben.

Ich bin gespannt, wie viele Studentinnen bei Ihnen nun selbstbewusst wegen einer zukünftigen Stelle anfragen. Vielen Dank Ihnen allen für das Gespräch.



Dr. Sandra Kluwe, 36, lehrt Literaturwissenschaft in der Germanistik mit besonderem Interesse für Genderforschung. Sie ist Gleichstellungsbeauftragte an der Neuphilologischen Fakultät.

Auszeichnung ohne Aussagekraft

Eine Internetabstimmung kürt Marstall wieder zur „Mensa des Jahres“

Das Studentenwerk wirbt damit und einigen ist es vielleicht auch aufgefallen: Die Marstall-Mensa feiert sich erneut als beste Mensa Deutschlands. Doch die niedrige Wahlbeteiligung lässt Zweifel an dem offiziell klingenden Wettbewerb des Studentenmagazins unicum aufkommen.

Rostock, Bielefeld, Ottersberg, Heidelberg – so heißen die kulinarischen Hotspots für Studenten in Deutschland. Das zumindest behauptet die Redaktion des Studentenmagazins unicum. 12 500 Hochschul学生 haben nach Angaben des Magazins im Internet abgestimmt und Mensen und Cafeterien in den Kategorien Service, Angebot und Geschmack bewertet. In der Gesamtwertung schaffte es dabei die Heidelberger Marstall-Mensa auf den ersten Platz und nennt sich nun zum zweiten Mal in Folge „Mensa des Jahres“. Stolz präsentiert das Studentenwerk seitdem mit einem Banner über der Essensausgabe die eigene Leistung. Geschäftsführerin Ulrike Leiblein findet das Ergebnis der Abstimmung „großartig“ und der Leiter der Hochschulgastronomie Achim Track führt den erneuten Erfolg auf die speziellen Zusatzangebote im Marstall, wie beispielsweise das Valentinsdinner zurück.

Freitagmittag in der Marstallmensa, die Schlange vor dem Buffet ist noch übersichtlich und die Studenten genießen ihr Mittagessen im großen Gewölbssaal. Eine Gruppe junger Geisteswissenschaftler sitzt zusammen am Tisch und unterhält

sich. „Natürlich ist das Essen hier nicht schlecht und die Atmosphäre ist bestimmt besser als in den meisten anderen Mensen. Aber diese Abstimmung wirkt doch etwas gewollt“, findet einer der Hochschulstudenten, während er in seinem Kartoffelauflauf rumstochert. „Wo liegt denn bitte Ottersberg?“

Unter den laut unicum besten Mensen Deutschlands finden sich in der Tat kaum großstädtische Massenuniversitäten. Stattdessen überwiegen die Hochschulen kleinerer Städte. Die Abstimmung im Internet scheint also nicht an allen Universitäten des Landes auf gleich große Resonanz gestoßen zu sein. Das Heidelberger Studentenwerk hatte im Vorfeld der diesjährigen Abstimmung explizit für den Marstall geworben.

„In Berlin habe ich davon an keiner Mensa etwas mitbekommen, daher dachte ich bei dem Titel „Mensa des Jahres“ zunächst an einen offiziellen Vergleich zwischen einzelnen Unis“, erklärt eine Studentin aus der Gruppe, die gerade für ihren Master nach Heidelberg umgezogen ist. „Und irgendwie tun die Leute hier auch so, als wäre das eine großangelegte Abstimmung gewesen.“



Stolz und ziemlich bunt präsentiert die Marstall-Mensa ihre Platzierung beim unicum-Wettbewerb.

Das Magazin unicum hat mit dem diesjährigen Wettbewerb zum zehnten Mal die beste Mensa des Landes gesucht. Von den nach Angaben des Verlags rund zwei Millionen Studenten in Deutschland haben in Spitzenjahren etwa 33 000 Hochschulstudenten ihre Bewertung abgegeben. In diesem Jahr waren es fast zwei Drittel weniger. Mutwillige Mehrfachabstimmungen oder Stimmen von Nicht-Studenten werden dabei durch die notwendige Angabe von Name und Mail-Adresse zwar erschwert, aber nicht verhindert.

Der unicum-Verlag verteilt seine werbefinanzierten Zeitschriften für Studenten und Schüler kostenlos an Universitäten und Schulen. Dabei wechseln sich mit fließendem Übergang redaktionelle Texte mit Gewinnspielen und Spezialseiten über Firmen oder Produkte ab. Der Deutsche Presserat rügte dabei in den vergangenen Jahren mehrere Fälle von Schleichwerbung in den verschiedenen Publikationen des Verlags. Darunter war beispielsweise ein Beitrag über einen „ultimativen Geschmackstest“, der von

Coca-Cola unterstützt, aber nicht eindeutig als Werbung gekennzeichnet war.

Die Gruppe im Marstall ist inzwischen fertig mit ihrem Mittagessen. Auf dem Weg zum Hof meint die aus Berlin stammende Studentin: „Warum machen die eigentlich so ein Theater um diese Abstimmung eines Magazins? Wenn die Verantwortlichen wirklich ihre Leistungen überprüfen wollen, können sie doch ihre Mensen selbst evaluieren. Schließlich ist das an der Uni gerade groß in Mode.“ (bj)

Starthilfe für Studierende

Eine Beratungsstelle der Universität Heidelberg fördert die Gründung studentischer Unternehmen

Die Gründungsberatung fördert studentische Unternehmensgründer mit Geld, Beratung und Kontakten. Doch die Kriterien für die Unterstützung sind hoch: Die Projekte müssen nicht nur einen engen Bezug zum Studium der Aspiranten haben, sondern auch ein hohes Maß an Innovation aufweisen.

Es ist ein sonniger Nachmittag, als in der Altstadt im Büro von Kai Blanck das Telefon klingelt. Ein Student mit einer neuen Erfindung ist am anderen Ende. Er hat ein paar Fragen zur Patentanmeldung. Während Blanck ihm die nächsten Schritte erklärt, blickt er durch sein Fenster auf den Innenhof des Heidelberger Carolinums. Er ist Gründungsberater der Universität Heidelberg. „Eigentlich bin ich ja Forstwissenschaftler. Gründungserfahrung habe ich damals an der Fakultät bei der Organisation eines Projekts gesammelt, bei dem wir insgesamt vier Millionen Euro Sponsorengelder gebraucht haben.“

Blanck holt einige Flyer aus dem Schrank hervor und erklärt die verschiedenen Fördermöglichkeiten. „Meistens muss das Projekt etwas mit der Tätigkeit an der Universität zu tun haben. Wenn es eine Würstchenbude ist, kann es schwierig werden.“ Eines dieser Programme ist EXIST, bei dem die Jungunternehmer einen Zuschuss von bis zu 100 000 Euro erhalten. Das etwa zwanzigseitige Bewerbungsdokument muss allerdings vor der Gründung des Unternehmens eingereicht werden. „Vermutlich will man so diejenigen erreichen, die es aus eigenen Mitteln nicht hinbekommen würden“, vermutet Blanck.

Wenn der Bezug zum Studium fehlt, kann Blanck auch einen privaten Investor suchen. Der zahlt dann einen gewissen Betrag und wird im Gegenzug an den Gewinn

nen beteiligt. Allerdings solle man darauf achten, dass der Investor inhaltlich etwas mit dem Projekt zu tun habe, meint Blanck.

Ganz ohne finanzielle Förderung haben die beiden Brüder Dominic und Nicolas Amann ihr Projekt auf die Beine gestellt. „Die Kosten für Flyer und andere Werbemittel mussten wir aus eigener Tasche bezahlen. Das kann eine ganz schöne Belastung für den studentischen Geldbeutel darstellen“, erzählt Nicolas. Eines dieser Werbemittel ist passenderweise eine gelbe Frisbee mit aufgedrucktem Logo. Die beiden Brüder haben nämlich die Internetseite BlindAd ins Leben gerufen, mit der sie die Nutzer vom Computer weglocken wollen. „Das Leben sollte sich nicht nur im Internet abspielen. Außerdem bietet die Webseite eine gute Möglichkeit, in einer neuen Umgebung mit Menschen in Kontakt zu kommen“, erklärt Nicolas.

Eine Personensuche gibt es hier nicht, BlindAd funktioniert anders als herkömmliche Soziale Netzwerke. Die Nutzer können Unternehmungen auf der Seite eintragen oder an den Vorschlägen anderer teilnehmen. Von einer gemeinsamen Jam Session über einen Abend zum Bücher tauschen bis hin zum Volleyballspielen findet sich alles. Von den anderen Nutzern sieht man dabei zunächst nur den Namen und ein kleines Foto. Das ganze Profil können sich die Nutzer nach dem ersten Treffen gegenseitig zugänglich machen. „Weil es keine

Personen-Suchfunktion gibt, ist der Datenschutz viel größer. Bei einer Seite wie Facebook kann ein Programm einfach alle Profile auslesen und die Daten kategorisiert abspeichern.“ Interesse für BlindAd scheint jedenfalls vorhanden zu sein: bislang hat jeder vierte Besucher auch ein eigenes Profil eröffnet.

Dass nicht alle Studierenden bei ihrem Gründungsprojekt finanziell unterstützt werden, weiß auch Kai Blanck: „Leider werden nur rund 50 Prozent der Projekte gefördert. Oft werden Ideen abgelehnt, weil sie dem Gutachter nicht innovativ genug erscheinen. Hier sollte man die Zulassungsbedingungen erleichtern.“ Ein weiteres Problem sei der Bezug zum Studienfach. „Es gibt diese Vorstellung, dass der Professor und sein Doktor irgendwas zusammen machen, und daraus dann ein Geschäftsmodell hervorgeht. Oft hat aber auch jemand eine gute Idee in einem Bereich, in dem er sich einfach so gut auskennt.“

Aber auch für diejenigen, die keine finanzielle Förderung erhalten, ist das Gründungsmanagement der Universität Heidelberg eine gute Adresse. Blanck kann die Studierenden hinsichtlich der Umsetzbarkeit ihrer Ideen beraten und sie bei den einzelnen Schritten der Unternehmensgründung begleiten. Außerdem organisiert er Weiterbildungen, kann günstige Räume vermitteln und nützliche Kontakte zu Banken und der Wirtschaft knüpfen.

Doch bei Projekten zählt immer auch der ideelle Wert, wie Nicolas berichtet: „Als es damals losging und die Leute anfangen, sich für unsere Idee zu interessieren, haben wir uns richtig gut gefühlt.“ Dabei

gibt es bei so einem Gründerprojekt natürlich immer wieder auch kleine Tiefs. Alles neben dem Studium und anderen Verpflichtungen auf die Reihe zu kriegen kostet Freizeit und oft auch Nerven. „Vor allem wenn die Freunde fragen, ob man mit ins Freibad kommen will, kann es frustrierend sein, zuhause allein vor dem Notebook zu sitzen. In solchen Momenten muss man sich einfach aufrappeln und weiter machen.“

Zum Abschluss will ich von Nicolas wissen, ob er einen Tipp für andere Studierende hat, die mit dem Gedanken spielen, ein eigenes Projekt in Angriff zu nehmen. „Man sollte den Arbeitsaufwand nicht unterschätzen. Sucht euch lieber noch ein paar mehr Leute dazu, die hinter dem Projekt stehen und

das wirklich durchziehen wollen.“ Außerdem sei eine gute Planung wichtig. Sonst könne es passieren, dass man Arbeit in etwas steckt und es am Ende doch wieder wegwirft, weil man alles anders machen will. Eine gute Planung in Form eines sogenannten Businessplans findet auch Blanck wichtig. Bei der Ausarbeitung kann er die Studierenden unterstützen. „Außerdem braucht es im Team nicht nur fachliches Know-How. Es sollte auch jemand dabei sein, der etwas von der kaufmännischen Seite versteht“, meint er.

In jedem Fall sind solche studentischen Gründungsprojekte eine spannende Sache. Denn oftmals sind das clevere Ideen, die Jahre später das Leben der Menschen bereichern. (dfg)



Fotos: kko

Wie deutsch bist du?

Burschenschaften und die Abstammungsfrage

Die Deutsche Burschenschaft hat vor ihrem Jahrestreffen wegen der Äußerung völkischer Abstammungskriterien für negative Schlagzeilen gesorgt. Kai-Ming Au, Mitglied der Burschenschaft Hansea Mannheim, passt wegen seiner chinesischen Eltern nicht ganz ins Konzept des Dachverbandes.

von Jenny Genzmer

Wenn Kai-Ming Au über die Raczeks spricht, gibt er sich sehr lässig. Er lehnt sich zurück, streicht eine schwarze Haarsträhne über die linke Stirnhälfte und spricht langsam, mit geschlossenen Augen. Dass es ihm nichts ausmache, was „die“ über ihn denken und dass sie ihn und er sie in Ruhe lasse.

„Die“, das ist die Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks, eine Bonner Studentenverbindung, die die Hansea Mannheim gerne wegen der Aufnahme des chinesischstämmigen Verbandsbruders aus der Deutschen Burschenschaft (DB), dem gemeinsamen Dachverband, geworfen hätte. Die DB definiert das deutsche Volk in Artikel 9 ihrer Verfassung als eine „Gemeinschaft, die durch gleiches geschichtliches Schicksal, gleiche Kultur, verwandtes Brauchtum und gleiche Sprache verbunden ist“. Dass dieser Artikel Raum für Interpretationen lässt, zeigt die Mitgliedschaft von Kai-Ming Au in der Mannheimer Burschenschaft. Er hat zwar chinesische Eltern, wurde aber in Mannheim geboren und fühlt sich als Deutscher. Selbst einen kleinen Mannheimer Einschlag kann Au trotz akurater Betonung nicht verbergen.

Das „Sich deutsch fühlen“ reicht den Raczeks jedoch nicht aus. „In Zeiten fortschreitender Überfremdung ist es nicht hinnehmbar, dass Menschen, welche nicht von deutschem Stamme sind, in die Deutsche Burschenschaft aufgenommen werden“, heißt es in ihrem Antrag, der den Tagungsunterlagen des Burschentags 2011 zu entnehmen ist, und in dem sie die Neuauslegung des Artikels 9 der DB-Verfassung fordern. Nach ihrer Lesart beinhaltet das „Merkmal des gleichen gemeinsamen Schicksals eine deutsche Abstammung“.

Argumentiert wird damit, dass eine „nichteuropäische Gesichtszüge und Körpermorphologie auf die Zugehörigkeit zu einer außereuropäischen populationsgenetischen Gruppierung und damit auf eine nicht-deutsche Abstammung“ hinweise. Der Antrag wurde noch vor dem Burschentag in Eisenach am 16. Juni zurückgezogen – „aus formalen Fehlern“, wie es in einer Pressemitteilung des Convents Deutscher Akademikerverbände

heißt. Dieser vereint die DB mit anderen Dachverbänden deutscher Korporationen.

Au sitzt zusammen mit zwei Bundesbrüdern im Schnookeloch, dem traditionellen Stammlokal der Heidelberger Burschenschaften. Alle drei schmückt ein grün-gold-rot-gestreiftes Band. Grün für die Hoffnung, gold für eine goldene Zukunft und rot für die Liebe zur Hansea. Als Au vor fünf Semestern in die Mannheimer Verbindung eintrat, hatte er sich die Frage nach seiner Abstammung gar nicht gestellt. Er habe erst mit seinem eigenen Bund klarkommen müssen, erzählt er. Mit der DB, seinem Dachverband,

habe er sich erst später befasst. So hält es Au auch mit dem Neuzuwachs. „Wenn wir einen Fux aufnehmen, ist es uns erst-

mal wichtig, dass er sich engagiert. Nachdem er das getan hat, können wir ihn in Richtung Deutsche Burschenschaft bewegen. Für uns ist der Dachverband nicht so wichtig.“

Au zündet sich eine Zigarette an und legt sein Feuerzeug auf den Tisch. Wenn er länger überlegt, wippt er mit seinen Knien und schnipst mit der silbernen Kappe. Ab und zu interveniert auch Verbandsbruder Adrian Wende – grünes Poloemblem, längeres, gescheiteltes Haar, höflich. „Abstammung ist ein neues Thema, das so nicht in den Grundsätzen der Deutschen Burschenschaft steht. Damals lebten nur abstammungsmäßig Deutsche in Deutschland. Deswegen kam das Thema wahrscheinlich nicht auf. Uns war das erst klar, seit wir das Untersuchungsverfahren an den Hals gekriegt haben.“ Das mit der Abstammung komme leider auch in einem Rechtsgutachten vor, sagt er, alle seien überrascht gewesen.

Das Gutachten wurde Anfang Februar dieses Jahres vom Rechtsausschuss der DB an alle Mitgliedsvereinigungen geschickt. Seine Verfasser entstammen der Münchener Burschenschaft Arminia-Rhenania – jener Verbindung, die zurzeit den DB-Vorsitz inne hat. In dem Schreiben, das scheint, als hätte es dem Antrag der Raczeks den Weg geebnet, heißt es, die „Abstammung von Angehörigen des deutschen Volkes“ sei für eine Mitgliedschaft in der DB „maßgeblich“. Im Zweifelsfall solle der Rechtsausschuss die

Abstammung anhand vorgegebener Kriterien überprüfen. DB-Sprecher Stefan Dobner, ebenfalls Mitglied der Arminia-Rhenania, bemühte sich in einer Pressemitteilung der DB, das Rechtsgutachten sachlich richtigzustellen. „Es ist und war zu jedem Zeitpunkt für jeden deutschen Staatsbürger möglich, Mitglied in einer Mitgliedsvereinigung der Deutschen Burschenschaft zu werden. Die kolportierte Behauptung, dies sei nur Bewerbern möglich, die von sogenannten Volksdeutschen abstammen, ist falsch.“

Was Dobner als Fehlinformation bezeichnet, ist für den Convent Deutscher Akademikerverbände Grund genug, die Deutsche Burschenschaft in die Schranken zu verweisen – so der Titel der Pressemitteilung. „Sollte die Deutsche Burschenschaft ihre Ablehnung dieser völkischen Prinzipien ernst meinen, dann erwarten die weiteren Korporationsverbände mehr als Lippenbekenntnisse [...]. Ohne eindeutige Taten wird eine weitere Kooperation mit der DB nicht umsetzbar sein.“

Auch innerhalb der DB distanzieren sich einzelne Verbindungen von den Ausführungen im Rechtsgutachten. Die Heidelberger

Rassismus ist aus der Mode gekommen

Burschenschaft Frankonia bezieht auf ihrer Internetseite zu der Maßgeblichkeit der Abstammungskriterien Stellung. „Die in dem Gutachten zum Ausdruck kommende rassistische Geisteshaltung ist mit den freiheitlich demokratischen Idealen der burschenschaftlichen Bewegung und den Prinzipien unseres Bundes unvereinbar.“ Die Burschenschaft Normannia zu Heidelberg äußerte sich erst auf Anfrage. Sie lehnt das Rechtsgutachten, insbesondere die Einzelfallüberprüfung, „als zu weitgehend ab, vertritt jedoch die Auffassung, dass Artikel 9 der Verfassung eine zumindest teilweise deutsche Abstammung impliziert.“ Diese müsse zwar nicht „Jahrhunderte zurückreichen“ und könne durch „Assimilation der Vorfahren „erworben“ werden“, jedoch scheine es „fraglich, ob dies innerhalb von einer Generation geschehen kann“.

Au stützt seine Ellenbogen auf den Tisch und deutet ein Kopfschütteln an. Über die Normannen muss er immer ein wenig lächeln. Auch er findet, dass die Frage der Abstammung im Rechtsgutachten „sehr rassistisch“ begründet worden

sei. „Das darf nicht so sein. Das darf man in unserer heutigen Zeit

nicht

mehr vertreten.

123 Mitgliedsbünde, über 15 000 Mitglieder, da hat jeder seine Meinung, aber da muss man mit der Zeit gehen.“Au klingt, als sei Rassismus aus der Mode gekommen. Man werde mit anderen Verbindungen darüber diskutieren, welche Positionen sie vertreten, sagt er, dann werde sich zeigen, ob man im Dachverband überhaupt noch Platz habe. „Das wird sich wohl in den nächsten vier, fünf, sechs Jahren entscheiden.“ Weder Au noch seine beiden Bundesbrüder distanzieren sich konkret von den Äußerungen aus den höchsten Gremien des Dachverbandes. Vielmehr beieilt er sich, auf die Gemeinsamkeiten zwischen ihm und der DB hinzuweisen: „Die Wahrung unserer Sprache, Kultur, Vaterlandsliebe“. Es ist ihm wichtig, das in der Öffentlichkeit zu äußern.

„Folkloristisches Beiwerk“, nennt das Michael Cszakóczy von der Antifaschistischen Initiative Heidelberg. Die DB gebe sich nicht unpolitisch, wie das andere Korporationsverbände täten. Der Dachverband verfolge eine klare politische Linie, die sich mit dem Zusammenschluss von mittlerweile 43 Verbindungen zur Burschenschaftlichen Gemeinschaft innerhalb der DB und der DB Österreich stark

Abstammung und Schicksalsgemeinschaft an Stelle von Staatsbürgertum

nach rechts verschoben habe. „Mitglieder der Burschenschaftlichen Gemeinschaft berufen sich auf den volkskultursbezogenen Vaterlandsbegriff. An Stelle von Staatsbürgertum setzten sie Abstammung, Schicksalsgemeinschaft und Bekenntnis zum Deutschtum“, sagt Cszakóczy und verweist auf die Internetseite der DB. Dort wird „das deutsche Vaterland“ als „unabhängig von staatlichen Grenzen in einem freien und einigen Europa, welches Osteuropa einschließt“, beschrieben. Dies weise darauf hin, dass mit dem deutschen Vaterland „noch ganz andere Staatsgebiete“ gemeint seien, so Cszakóczy.

In der Praxis sieht das so aus, dass auch österreichische Verbindungen in die DB eintreten dürfen. Eine von



ihnen, die Wiener Burschenschaft Teutonia wird

am 16. Juli den Vorsitz der Burschenschaftlichen Gemeinschaft antreten, schreibt die Tageszeitung *Neues Deutschland* in ihrer Online-Ausgabe und beruft sich auf interne Papiere. Noch sind es aber die Raczeks, den Vorstand bilden.

Au hofft schon, dass sie irgendwann an seine Tür klopfen und das Gespräch mit ihm suchen. Auch wenn er glaubt, dass „da eh nichts bei rum“ käme. „Niemals würden die das tun“, winkt er ab und das silberne Feuerzeug beginnt zu klicken. Er scheint zu ahnen, dass er an den Raczeks wohl nicht ganz vorbeikommen wird. Schließlich hat er noch große Pläne. Für das nächste Geschäftsjahr möchte er für das Amt des Verbandsobmanns für Jugend und Nachwuchswerbung kandidieren. Sein Ziel: Bei der Rekrutierung von Neumitgliedern ein liberaleres Bild der DB vermitteln. „Es wäre doch schön, wenn wir eines Tages von uns behaupten könnten, einen liberaleren Weg eingeschlagen zu haben“, sagt er.

Kein leichtes Unterfangen, das sich der chinesischstämmige Patriot da vorgenommen hat: Die Anträge der Raczeks und das Rechtsgutachten waren Interna, die einen Tag vor dem Burschentag in Eisenach vom Internetportal *indymedia* „ge-

akt“ wurden und die Aufmerksamkeit prominenter Medien auf sich zogen. Der Convent Deutscher Akademikerverbände selbst weist in seiner Pressemitteilung darauf hin, dass die DB „aufgrund medialen und interkorporativen Drucks“ eingelenkt – und das Rechtsgutachten geändert hätte.

Das Amt, das Au im nächsten Geschäftsjahr übernehmen will, wird momentan noch von einem Mitglied der Burschenschaftlichen Gemeinschaft bekleidet. Bis dahin kümmert sich um die jungen Füxe noch jemand anderes – Matthias Brauer, von der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn.

Kosmodrom vor dem Aus

Im März öffnete das Kulturzentrum Kosmodrom im Heidelberger Stadtteil Pfaffengrund. Der benachbarte Klebstoffhersteller Henkel-Teroson hat jetzt Einspruch gegen die weitere Nutzung eingelegt, da man mit gefährlichen Stoffen arbeitet. Eine Lösung des Konfliktes scheint nicht unmöglich.

„Seid ihr gut drauf?“ fragt „Blazer“ in die Halle. Das Geschrei des Publikums ist vermutlich als positive Antwort zu werten. Mit einem Mix aus Beatbox und Techno schafft es der selbsternannte „Vocal DJ“, die vornehmlich jugendlichen Zuhörer zu begeistern. „Blazer“ ist einer von sechs Künstlern, die an diesem Abend im Heidelberger Kulturzentrum Kosmodrom auftreten. Dort findet zum zweiten Mal die Nachwuchsveranstaltung „Rampensau“ statt, bei der junge Nachwuchsmusiker aus der Region ihr Können unter Beweis stellen. „Blazer“ ist zum ersten Mal dabei: „Das Kosmodrom ist besonders für junge Künstler eine coole Sache“, sagt er, „Sowas gibt es in Heidelberg in der Form noch nicht.“ Doch es könnte bereits sein letzter Auftritt im Kosmodrom gewesen sein.

Erst Ende März eröffnete das Kulturzentrum in einer ehemaligen Fabrikhalle im Industrieviertel des Pfaffengrund. Seither gab es viele Konzerte, Workshops und Partys. Nebenbei befindet sich jedoch der Klebstoffhersteller Henkel-Teroson, der gegen die Nutzung des Kulturzentrums Einspruch eingelegt hat. Henkel arbeitet mit gefährlichen

Chemikalien, deren Gebrauch unter die „Störfallverordnung“ der Europäischen Union fällt. Diese fordert einen „angemessenen Abstand“ zwischen bestimmten Unternehmen und öffentlich genutzten Gebäuden. Was mit einem „angemessenen Abstand“ gemeint ist, erwähnt die Verordnung nicht.

„Diese Richtlinie war vorher nie ein Thema“, sagt Fabian Zehrig. Fabian ist Mitglied des Vereins „Spielraum“, der das Kosmodrom betreibt. Im April 2010 haben er und einige andere Mitglieder des „Spielraum“ die ehemalige Fabrikhalle in der Siemensstraße 40 zum ersten Mal betreten: „Damals war das hier nur ein leerer großer Raum.“ Viele freiwillige Helfer bauten die Halle um und gestalteten sie neu. Der Aufwand hat sich gelohnt. Der Konzertsaal des Kosmodrom besticht besonders durch seine Ausstattung: Bühnenbild, Beleuchtung und Dekoration sind gut aufeinander abgestimmt. Auf kleinen Stehtischen kann man seine Getränke abstellen, die eine oder andere Couch sorgt für Entspannung von schweißtreibenden Tanzeinlagen. Dazu kommen noch eine großzügig ausgestattete Bar, ein kleines Kassenhäuschen und eine



Foto: mgr

Die Freiwilligen des Kosmodrom haben mit viel Aufwand die ehemalige Fabrikhalle umgestaltet.

Garderobe. Dass der Großteil der Wände dabei nur aus dünnen Holzplatten besteht, fällt nicht weiter auf.

Viele der Baumaterialien mussten sie aus eigener Tasche bezahlen, eine neue Musikanlage konnte erst einmal nur auf Raten finanziert werden, erzählt Fabian weiter. Zur Eröffnung Ende März kamen knapp 200 Leute in die frisch renovierte Fabrikhalle. Seitdem gibt es pro Monat um die zehn Veranstaltungen. Tendenz steigend. „Gerade in letzter Zeit kamen immer mehr Gäste zu uns.“ Schon im Februar haben sie die Nutzungsänderung für die Fabrikhalle beantragt. Im Zuge des Verfahrens mussten alle Nachbarn befragt werden, ob sie Einwände gegen das Kulturzentrum haben. Niemand hatte Probleme

damit – bis auf Henkel-Teroson. Das Unternehmen legte erst Einspruch bei der Stadt ein, dem dann das Regierungspräsidium in Karlsruhe stattgab. Der *ruprecht* wollte von Henkel genauer wissen, warum sie Einspruch einlegten. Eine Antwort lag bis Redaktionsschluss nicht vor.

Die Zukunft des Kosmodrom ist damit ungewiss. Fabian betont: „Wir wollen auf keinen Fall Öl ins Feuer gießen.“ Er hofft auf eine gütliche Einigung mit Henkel. Dabei setzt er viel Vertrauen in die Stadt Heidelberg und ihren Beauftragten für Kultur- und Kreativwirtschaft, Frank Zumbruch, der das Kulturzentrum stets unterstützt hat.

Auch Zumbruch möchte auf jeden Fall die Schließung des Kosmodrom vermeiden. Derzeit wird das Thema

in der Stadtverwaltung mit größter Aufmerksamkeit bedacht. Sogar Oberbürgermeister Eckart Würzner hat sich eingeschaltet. „Wir wollen alle unbedingt eine positive Lösung erreichen“, so Zumbruch. Die Stadt will zwischen den Parteien vermitteln. Neue geeignete Räume zu suchen sei für ihn die „ultima ratio“.

Wer wie zwischen wem vermittelt ist „Blazer“ egal. Wichtig sei nur, dass dabei eine Lösung herauskommt. „Wenn das Kosmodrom schließen müsste, wäre das sicherlich das Schlechteste für alle Beteiligten.“ Inzwischen ertönen aus der Halle wieder laute Bässe, eine Band aus Ludwigshafen hat angefangen zu spielen. „Blazer“ verabschiedet sich, um der erneut tobenden Masse beizuwohnen. (mgr)

„Ich bin ein verkappter Rockstar“

Heidelberg's Beauftragter für Kultur- und Kreativwirtschaft über seine Arbeit

Frank Zumbruch steckt in einem Dilemma. Keiner scheint genau zu wissen, was eigentlich seine Aufgabe ist. Nicht einmal der Gemeinderat selbst, der seine Stelle letztes Jahr im Oktober geschaffen hat. Sein Aufgabengebiet ist schwer zu fassen: Frank Zumbruch ist ein Vermittler, eine Schnittstelle, ein Ansprechpartner für Kulturschaffende in Heidelberg.

Frank Zumbruch betreibt explizit keine klassische Kulturförderung, bei der Fördergelder verteilt werden, weil Kultur auch einen Bildungsauftrag erfüllt. Das wird oft verwechselt. Zumbruch selbst beschreibt sein Aufgabengebiet so: „Ich arbeite daran, dass Kulturschaffende, also produzierende Wirtschaftstreibende, genau wie andere auch, gute Arbeitsbedingungen haben. Kreativität selbst kann man nicht fördern, aber die Umstände, die dazu führen, kann man verbessern.“

Eine Stadt wie Heidelberg, die wenig Industrie vorzuweisen hat, aber mit der Kreativwirtschaft einen jährlichen Umsatz von fast 600 Millionen Euro macht, sollte an dieser Sparte Interesse haben. Das entspricht immerhin 5,2 Prozent des gesamtwirtschaftlichen Umsatzes in Heidelberg. Der bundesweite Durchschnitt liegt bei nur 3,1 Prozent. Der Begriff Kreativwirtschaft umfasst dabei den Architektur-, Buch-, Presse- und Kunstmarkt sowie die Musik-, Film-, Design-, Rundfunk- und Werbewirtschaft und die Software beziehungsweise Games-Industrie.

„Ich bin ein verkappter Rockstar, ein Kreativer.“ Frank Zumbruch sitzt vor der Maxbar, jener Kneipe, von der der Merian sagt, hier träfen sich nur die Einheimischen. Ein kühles Radler steht vor ihm, er atmet tief ein, saugt die abendliche

Atmosphäre auf dem Marktplatz in sich auf. „Heidelberg! Meine Stadt! Hier muss es weitergehen. Hier müssen wir etwas tun. Sonst gehen die Kreativen doch alle nach Berlin. Dann kann man nichts mehr bewegen.“

Frank Zumbruch kennt sich aus in der Heidelberger kreativen Szene. Er gehörte selbst lange Zeit dazu. „Damals haben wir uns ausprobiert, immer was Neues auf die Beine gestellt. Und Unterstützung von der Stadt haben wir uns gewünscht. Einen Ansprechpartner eben.“

Vor zehn Jahren gründete er ein Netzwerk für Kommunikation in der Rhein-Neckar-Region: „komplizen.com“. Als die Plattform vom Wirtschaftsministerium ausgezeichnet wurde und Zumbruch bei einer Podiumsdiskussion in Zürich einen Vortrag über Kreativität hielt, änderte sich vieles. „Was mich damals wirklich beeindruckte war, dass die Stadt Zürich es geschafft hatte, sich den Ruf einer kreativen Metropole zu erarbeiten. Wie hatten die das gemacht? Das hat mein Interesse geweckt. Ich habe mir Literatur zum Thema besorgt und meine ehrenamtlichen Tätigkeiten in Heidelberg ausgeweitet, einfach immer mehr gemacht.“

Den Heidelberger Oberbürgermeister Eckart Würzner kannte er schon lange. Durch Zumbruchs zahlreiche ehrenamtliche Tätig-

keiten hatten sie Kontakt bekommen. Auch Wahlkampf hatten sie zusammen gemacht – Zumbruch hatte Würzner beraten und unterstützt. Auf einer Oldtimerrallye „noch so ein bescheuertes Hobby von mir“ sprach der Oberbürgermeister ihn an: „Du, ich muss in dem Bereich Kreativwirtschaft jetzt unbedingt mal was tun. Kennst du jemanden, der das machen könnte?“ Zumbruch grübelte. „Ja, ein oder zwei Namen kann ich dir da schon nennen.“ Dann schauten sich beide an. „Er grinste, ich grinste, und es war klar, dass ich den Job hatte, dass er mich gemeint hatte.“

Dass der Oberbürgermeister damit einen regelrechten Eklat auslösen würde, vermutete damals keiner von beiden. Zumbruch war eingestellt worden, ohne dass er dem Gemeinderat offiziell vorgestellt wurde. Einige Gemeinderatsmitglieder erfuhren erst aus der Zeitung, dass die Stelle besetzt war. Das wurde ihm zum Verhängnis. Ein Streit wird seither auf seinem Rücken ausgetragen, den er so nicht zu verantworten hat.

Einhunderttausend Euro kostet die Stelle die Stadt Heidelberg im Jahr. Das betont besonders die SPD, die im Gemeinderat des parteilosen, aber CDU-nahen Bürgermeisters die Funktion der Opposition einnimmt, immer wieder gern. Sie würde das Geld „lieber direkt in die Kultur stecken und diese damit fördern, als es an eine Stelle zu verschwenden, die keiner braucht“.

Würzner und seine Anhänger hingegen sehen die Vernetzung der kreativen Szene untereinander als wichtigste Maßnahme, um sie



Foto: tin

Kreativbeauftragter Zumbruch.

voranzutreiben. Und diese Aufgabe, da ist man sich einig, kann keiner besser erfüllen als Frank Zumbruch, der nicht nur selbst aus der Szene stammt, sondern der sich im Laufe der Jahre auch ein immenses Netzwerk aufgebaut hat. Dafür arbeitet er hart. „Ich mache das aus Leidenschaft“, sagt er.

Für seine bisher realisierten Projekte und den Aufbau einer Internetplattform für Kulturschaffende in Heidelberg hat Zumbruch ausschließlich selbst akquirierte Spendengelder ausgegeben. Bislang über 63 000 Euro. Doch irgendwann einmal, das ist auch ihm bewusst, wird er die Fördermittel nicht mehr aufbringen können. Dann müssen Anträge geschrieben, Finanzpläne aufgestellt und Zielsetzungen vorgebracht werden. Und dann wird der Gemeinderat darüber entscheiden müssen, ob die Projekte realisiert werden – oder eben nicht. (tin)

Hauptstraße bald neu

Die Stadt plant für das kommende Jahr die Renovierung der Hauptstraße. Im Gespräch sind unter anderem die Erneuerung und das Hinzufügen von Mülleimern, Lampen, Sitzbänken und Begrünung. Konkrete Beschlüsse wird der Gemeinderat jedoch erst im Herbst dieses Jahres fällen.

Bis dahin können die Heidelberger eigene Vorschläge und Anregungen einbringen. Die offizielle Möglichkeit hierzu bietet das Online-Befragungstool auf „spacebonding.net“. Die Stadtverwaltung verweist auf die Internetseite des privaten Kreativunternehmens aus Heidelberg, um die Entwicklung nach eigener Aussage bürgernah zu gestalten. Nach einer kurzen Anmeldung kann über die verschiedenen Varianten des geplanten Umbaus abgestimmt werden.

Dabei ist die zentrale Frage, ob die Hauptstraße künftig ein historisches oder ein modernes Aussehen erhalten soll. Wie eine moderne Hauptstraße aussehen kann, wird am frisch renovierten Friedrich-Ebert-Platz sichtbar. Beispielgebende historische Elemente finden sich dagegen im Bereich der Jesuitenkirche.

Bis vor knapp 35 Jahren war die Hauptstraße noch eine gewöhnliche Verkehrsstraße, die nicht nur von Autos, sondern auch von einer Straßenbahn befahren wurde. Viele offene Bereiche in der Altstadt, so auch der Uniplatz, dienten als Parkplätze. 1977 sperrten die Verantwortlichen die Straße jedoch für den motorisierten Verkehr. So gewann die Hauptstraße nicht nur beträchtlich an Beliebtheit, sondern wurde auch eine der längsten Fußgängerzonen Europas. (dfg)

Mamas Knubbelknie, Papas IQ

Sarrazins Erblichkeitsthesen sind weithin akzeptiert, aber Unsinn

Aus Sicht der Psychologie hat die Debatte um Sarrazins Thesen großen Schaden angerichtet: Seine Vorstellung zur Erblichkeit der Intelligenz ist zwar mittlerweile weithin akzeptiert, entbehrt aber jeglicher seriösen Grundlage. Ein Erklärungsversuch.

Die Schulpsychologin richtet sich auf, feierlich schaut sie auf ihre Auswertungsbögen. Karl hat einen Intelligenzquotienten von 110, sagt der Test. Sandra hat einen IQ von 90. Beide liegen damit noch im Normalbereich. Dennoch, betont die Psychologin, sind die Auswirkungen dieses Unterschieds bedeutsam. Statistiken zufolge wird Karl nicht nur einen höheren Bildungsabschluss erreichen, sondern dabei auch bessere Noten haben. Als Erwachsener wird er mehr verdienen.

IQ-Punkte, könnte man meinen, entscheiden über Erfolg oder Misserfolg eines ganzen Lebens. Entsprechend stark ist das Interesse an ihnen. Wie bekommt man sie? Muss man nur den richtigen Kindergarten besuchen, brauchen wir

IQ-Punkte entscheiden über Erfolg oder Misserfolg eines ganzen Lebens

Bildungsreformen? Oder sind wir ohnehin machtlos, weil wir sie erben, zusammen mit Papas Haarfarbe und Mamas knubbeligen Knien? Seit Thilo Sarrazin im August 2010 sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ veröffentlicht hat, reißen die Diskussionen um diese Fragen nicht ab.

„Man muss unterscheiden zwischen dem ererbten und erworbenen Anteil der Intelligenz“, sagt Sarrazin und referiert damit, was von der ganzen Intelligenz-Forschung in der Bevölkerung angekommen ist. Zwei Reaktionen auf diese Aussage haben sich mittlerweile etabliert. Sarrazin verdreht doch die Fakten, sagen die einen. Tut er nicht, sagen die anderen, immerhin können auch Wissenschaftler seine Aussagen nicht richtig widerlegen. Tatsächlich tun Psychologen sich mit Sarrazins Thesen schwer. Um den Haken an seinen Ausführungen zu erklären, muss man weit ausholen.

Bis in die 70er Jahre hinein hielt sich als Erklärung für unterschiedliche Intelligenzausprägungen weitgehend unangefochten die Theorie des amerikanischen Psychologen James B. Watson. Nur die Erziehung, betonte Watson, bestimme die Intelligenz eines Menschen: „Gib

mir ein Dutzend wohlgeformte gesunde Säuglinge und meine eigene spezielle Welt, um sie aufzuziehen, und ich garantiere, ich mache jedes der Kinder zu einem Spezialisten in einem beliebigen Gebiet: Doktor, Anwalt, Künstler, Kaufmann – und ja, auch einen Bettler oder Dieb“. Gerade in Regierungskreisen war sein Ansatz enorm einflussreich, betonte er doch die Chancen der Bildungspolitik. So etablierten beispielsweise die USA 1969 ein spezielles Fernsehprogramm, das allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen Schicht die relevanten Lernerfahrungen bieten sollte: Die Sesamstraße entstand.

Dass wir heute zwischen erlerntem und vererbtem Anteil der Intelligenz unterscheiden, ist das Ergebnis einer Gegenbewegung zu dieser Theorie. Einige Forscher misstrauten der vermeintlichen Allmacht der Erziehung. Sie führten Studien durch, die die Einflüsse von Erziehung an getrennt und gemeinsam aufgewachsenen Zwillingspaaren untersuchten.

Dabei berechneten die Wissenschaftler zunächst, wie sich die Zwillinge in ihrer Intelligenz unterscheiden würden, wenn die Unterschiede nur von den Erbanlagen oder nur von der Erziehung abhingen. Danach ermittelten sie, wie sehr sich die Vorhersage dieses Modells mit den tatsächlichen Unterschieden deckt.

Das Ergebnis dieser Analyse wird als „aufgeklärte Varianz“ bezeichnet. Im Zusammenhang mit Erblichkeit ist häufig vom „Erblichkeitskoeffizienten“ die Rede. Die aufgeklärte Varianz ist eine Prozentzahl, die aussagt, wie viel Prozent der tatsächlichen Schwankungen sich mit dem einen bestimmten Faktor vorhersagen lässt. Je größer die Prozentzahl, desto mehr hat der Faktor in der untersuchten Stichprobe zu den Unterschieden beigetragen.

Watsons Theorie besagt, dass alle Unterschiede ausschließlich von der Erziehung abhängen. Eineiige, getrennt aufgewachsene Zwillinge dürften sich nicht ähnlicher sein als irgendwelche anderen Menschen.

Hätte er Recht, läge die durch Erziehung aufgeklärte Varianz bei 100 Prozent, das Modell und die Realität würden sich komplett decken. Gleichzeitig läge der Erblichkeitskoeffizient bei null Prozent, die genetische Ausstattung hätte keinen Einfluss.

Das Problem an Sarrazins Ansatz ist, dass Vererbung so nicht funktioniert

Tatsächlich erreichte Watsons Modell je nach Studie nur 20 bis 50 Prozent Deckungsgleichheit, der Erblichkeitskoeffizient lag bei 50 bis 80. Watson lag falsch mit seiner Vorstellung, das konnten die Zwillingsstudien eindeutig belegen. Niemals hätte er es geschafft, ein beliebiges Kind

auch die Eltern schon hatten. Wie groß sie sind, ist Schicksal. Man erbt sie zusammen mit Haarfarbe und knubbeligen Knien. Wenn die Eltern nur miese Erbanlagen bieten können – Pech gehabt. Die übrigen Bauklötze sammelt man in der Kindheit. Gute Kindergärten liefern größere Klötze als schlechte, der Fernseher liefert kleine Klötzen, die Musikschule riesige. Das große Problem an dieser Idee ist, dass Vererbung so nicht funktioniert. Die Erbanlagen sind nicht dasselbe wie die Merkmalsausprägung, auch wenn Biolehrer es bei

wurden aber unterschiedlich gut ausgeschöpft. Im anderen Extrem wurden zwar beide Erbanlagen optimal ausgeschöpft, sie gaben aber unterschiedlich viel her. Sarrazin mit seinem Bauklötzenmodell behauptet, dass eher Letzteres der Fall sei. Bildungspolitik könnte demnach die Intelligenz nur wenig beeinflussen.

Diese Idee ist Unsinn, sagen Psychologen.



Montage: jls

Der Schlüssel zur Antwort ist für sie der Erblichkeitskoeffizient, der erklärt, wie es derzeit zu Unterschieden in der Intelligenz kommt: Zum Teil unterscheiden sich unsere Kinder in ihrer Ausstattung, zum Teil wird ihr Potential auch einfach unterschiedlich gut genutzt.

Die Realität liegt zwischen beiden Extremen. Im Augenblick sind Erbanlagen und Erziehung gleichermaßen von Bedeutung. Die Befunde sind eine Momentaufnahme, das darf man nicht vergessen. Bildungspolitik könnte sie in Zukunft verändern, indem sie für eine optimale Ausnutzung aller Erbanlagen sorgt.

Bildungspolitik kann den Erblichkeitskoeffizienten verändern

Karl und Sandra haben unterschiedliche Intelligenzquotienten, und wahrscheinlich wird sich das auch auf ihre Zukunft auswirken. Karl wird den Statistiken zufolge einen höheren Schulabschluss schaffen, seine Noten werden besser sein und er wird später mehr Geld verdienen.

Wenn wir aber diskutieren, warum Sandra weniger intelligent ist als Karl, sollten wir nicht bei ihren Eltern beginnen. (smo)

Mendels Erbsenzucht gerne so darstellen. Aus ein und derselben Erbanlage können je nach Umwelteinflüssen unterschiedliche Merkmalsausprägungen entstehen. Besonders anschaulich kann man dies an einer eigenen kleinen Erbsenzucht verdeutlichen: Je nachdem, wie hell und warm beispielsweise selbst gesäte Erbsen stehen oder wie gut sie gegossen werden, kann die Größe der Pflänzchen schwanken. Das Ergebnis hängt immer von beidem, Erbanlagen und Umweltbedingungen, ab. Erbanlagen bestimmen die Intelligenz ebenso viel oder wenig wie eine Platten-sammlung den Erfolg eines DJ. Sie stellen das Potential dar, was davon tatsächlich zur Anwendung kommt, entscheiden andere Faktoren. Aus identischen Erbanlagen, das haben die Zwillingsstudien gezeigt, kann eine niedrige oder hohe Intelligenz entstehen. Entscheidend ist, wie die Erbanlagen „benutzt“ werden.

Wenn Kinder wie Karl und Sandra unterschiedliche Intelligenzquotienten haben, kann das verschiedene Ursachen haben: Im einen Extrem hatten sie gleiche Erbanlagen, diese

zu einem beliebigen IQ

zu erziehen. Denn auch zweieiige Zwillinge und Geschwister sind sich noch ähnlicher, als sich durch Erziehung erklären lässt. Diesen Befund begründeten Wissenschaftler vage mit den „Erbanlagen“.

Auch Sarrazin kennt diese 50 bis 80 Prozent, immer wieder zitiert er diese Zahl. Gerne erklärt er auch, was sie seiner Meinung nach sagen soll: „Das heißt, wenn die Intelligenz zu 50 bis 80 Prozent erblich ist, dann ist der Rest von 20 Prozent bis 50 Prozent umweltbedingt.“ Ganz selbstverständlich übergeht er dabei, dass 50 Prozent aufgeklärte Varianz nicht dasselbe sind wie 50 Prozent der Intelligenz an sich. In Sarrazins Vorstellung setzt Intelligenz sich aus verschiedenen Komponenten zusammen, so wie ein Turm aus Bauklötzen. 50 bis 80 Prozent der Bauklötze entsprechen denen, die

outdoor
adventure
climbing
alpin
& more...

**globetrotter
outfitter**

Plöck 73 · 69117 Heidelberg · Tel. 16 54 84
Mo. – Fr. 10 – 19 Uhr, Sa 10 – 18 Uhr
e-mail: globetrotter.heidelberg@t-online.de

Ihr Service-Spezialist für Tinte, Toner, Papier & Co...

Wichtige Information für unsere Kunden: Wir ziehen bald um!

Ab 13. August finden Sie uns in der
Poststraße 4

Sie finden uns dann 30 Meter weiter im
Gebäude der BW-Bank, neben Café Rossi und Hair-Cut

Wir freuen uns, Sie schon bald in unseren neuen Räumen willkommen zu heißen. Sie werden geruchsneutraler und ruhiger sein, damit wir Sie noch besser bedienen können!

Öffnungszeiten: Mo-Mi: 10:00 - 19:00 Uhr
Do + Fr bis 19:30 Uhr • Sa: 10:00 - 17:30 Uhr

Heidelberg • Rohrbacherstr. 6-8 • im Carré
Telefon 06221 - 45 34 17 • Fax 06221 - 45 34 19

**HORN
CITYSTORE** Computerzubehör für alle Systeme zu Superpreisen!!!

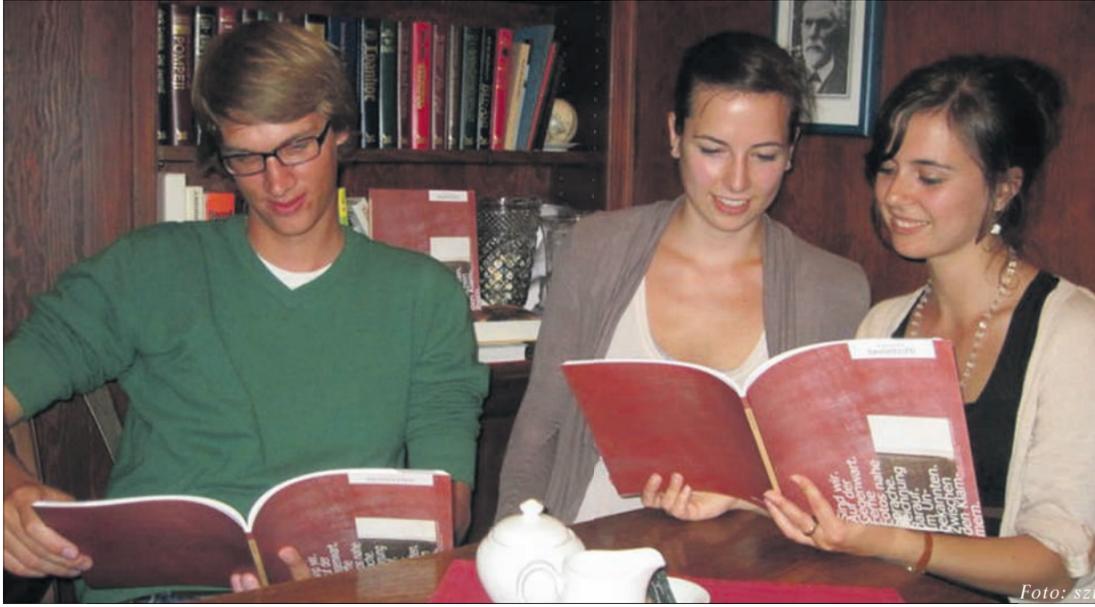
Was außerhalb der Klammern steht

Das Magazin [Lautschrift] schafft eine Plattform für studentische Kunst und Literatur

„Was innerhalb der Klammern steht ist für jeden gleich, das geschriebene Wort; was außerhalb steht, interpretiert jeder für sich selbst“

So charakterisiert Cindy Ruch den Titel des Literaturmagazins, das sie mit ihrer Kommilitonin Jennifer Six herausgegeben hat. *[Lautschrift]* heißt das Magazin der beiden Tübinger Studentinnen, das jetzt erstmals erschienen ist. Darin findet man zahlreiche Texte, Essays, Gedichte, Zeichnungen und Fotografien von Studenten verschiedenster Fachrichtungen von Universitäten aus ganz Baden-Württemberg. „Wir möchten Studierenden, die sich künstlerisch ausprobieren wollen, eine Plattform bieten“, fasst Cindy das Ziel ihres Projektes zusammen. Doch nicht nur deutschsprachige Texte wurden abgedruckt, sondern auch viele auf Englisch. Insgesamt wurden 22 Autoren veröffentlicht, darunter auch drei Heidelberger, alle mit lyrischen Texten. Die literarischen Texte wurden von einer Jury, die aus den deutschen Autoren Georg M. Oswald und Nina Jäckl bestand, bewertet und ausgewählt, die englischsprachigen Texte von der Dubliner Künstlerin Sarah Quigley. Zeichnungen und Fotografien haben Jennifer und Cindy selbst ausgesucht, auch das Layout stammt von den beiden. In Heidelberg erhält man das Magazin bei dem Lehmann-Media-Ableger Ziehank und in der Buchhandlung des Germanistischen Seminars.

Was unterscheidet *[Lautschrift]* von anderen Literaturzeitschriften?



„Hast du das schon gelesen?“ - Samuel, Jennifer und Cindy schmökern in der *[Lautschrift]*.

Einmal sei es die Zweisprachigkeit, die die beiden auch weiterhin fördern wollen. Auch ausländische Studierende sollen so angeregt werden, Texte einzusenden, ohne vor der Barriere der deutschen Sprache zu stehen. Andererseits richtet sich *[Lautschrift]* nur an Studierende, wohingegen vergleichbare Veröffentlichungen ein größeres Klientel ansprechen. Ein Ziel der Herausgeberinnen ist es auch, die Unis untereinander zu vernetzen. So konnten sie in Heidelberg als Ansprechpartnerin die Germanistikdozentin Friederike Reents gewinnen.

Die Idee, ein Magazin herauszugeben, hatten Cindy und Jennifer

schon länger. Sie schreiben beide auch privat und wurden durch internationale Formate angeregt, die sie während ihres Auslandsstudiums in England und Australien kennenlernten. Was am Anfang klein begann, entwickelte sich recht zügig zu einem größeren Projekt, bei dem das Studium auch schnell zur Nebensache wurde. Mehr Arbeit an der *[Lautschrift]*, das ist für Jennifer dann auch „angewandte Literaturwissenschaft“, mit der man mehr anfangen könne. Insgesamt investierten die beiden elf Monate durchgehender Arbeit, bis das fertige Magazin schließlich vor ihnen lag.

Für die Zukunft haben Jennifer und Cindy große Pläne: In der zweiten Ausgabe können auch bayerische Studenten Beiträge einsenden. „Wenn wir Bayern für die nächste Ausgabe dazunehmen, kann man das zu zweit nicht mehr stemmen“, erklärt Cindy. Deshalb soll es bald an allen Universitäten Unterstützung durch studentische Stellvertreter geben. In Heidelberg gibt es diese Hilfe schon durch Samuel Hamen, der sich um die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort kümmert. Für die Zukunft können sich die Tübingerinnen vorstellen, das Projekt auch deutschlandweit auszubauen. „Es soll sich zu einem

Unternehmen entwickeln“, plant Jennifer. „Es wäre schön, wenn wir eines Tages davon leben könnten“, fügt Cindy hinzu. Doch die beiden wollen abwarten, wie ihr Magazin ankommt. Mit den Verkaufszahlen sind sie bisher zufrieden, obwohl sie die Anfangseuphorie bei der Erstausgabe verpasst und die Öffentlichkeitsarbeit vernachlässigt hätten. Das soll sich ändern. Geplant sind zum Beispiel Lesungen: „Die Autoren sollen ihr Publikum kennenlernen und umgekehrt“, erklärt Jennifer. Die nächste im Januar 2012 erscheinende Ausgabe wird unter dem Thema „Aufbruch“ stehen. Bis zum 15. November werden noch Einsendungen angenommen. Inhaltlich soll sich etwas ändern, da Jennifer und Cindy gerne den Servicebereich der *[Lautschrift]* ausbauen und neben Interviews mit der Jury auch auf Literaturveranstaltungen in den Universitätsstädten hinweisen möchten. Außerdem bekommen sie Unterstützung von einer neuen Jury, die die beiden gerade auswählen. Denn, auch wenn die Herausgeberinnen mit der Arbeit von Georg M. Oswald und Nina Jäckl sehr zufrieden waren, möchten sie, dass die kommende Ausgabe von einem anderen, neuen Stil getragen wird.

Der *[Lautschrift]* widmen sich Jennifer und Cindy in den nächsten Wochen vorerst nicht mehr. Derzeit sind die beiden mit ihrer Bachelor-Arbeit beschäftigt: „Die wollten wir schon letzte Woche anmelden!“, lacht Cindy. Die Arbeit an der *[Lautschrift]* habe dann aber doch mehr Spaß gemacht. (jls, szi)

„Das Original ist das Rohmaterial“

Der Übersetzer Marcus Ingendaay über Freiheit und Verantwortung in seinem Beruf

Vom Dienen hält der Literaturübersetzer Marcus Ingendaay wenig. Souverän gibt er Werken von David Foster Wallace, Truman Capote und Helen Fielding ihren deutschen Text. Dabei agiert er als Anwalt, der seine Autoren vor dem deutschsprachigen Publikum möglichst gut aussehen lassen möchte.

Was bedeutet Literatur für Sie?

Irgendwann, so mit 16, bekommt man einfach Hunger darauf und beschäftigt sich mit nichts anderem mehr. Ab diesem Zeitpunkt ist dann klar, dass man etwas in diesem Bereich machen will. Und es ist wirklich so: Klasse Bücher, die man übersetzt, führen zu einer Art Besessenheit. Sie prägen die ganze Zeit, in der man an ihnen arbeitet.

Daneben gibt es auch ganz furchtbare Zeiten, wenn man nach 400 Seiten merkt, dass man das falsche Buch übersetzt und den Krampf irgendwie zu einem Ende bringen muss. Also, beides ist da.

Übersetzen Sie Literatur, um mit der Sprache zu spielen und ihre Grenzen auszuschöpfen? Oder wollen Sie Menschen helfen, sich besser zu verstehen?

(lacht) Es macht mir einfach Spaß. Als Jugendlicher begann ich damit, die ersten Geschichten von Edgar Allan Poe zu übersetzen. „Das väterische Herz“ und so. Das faszinierte mich. Dann kommt man plötzlich an den ersten Auftrag und macht den ganz gut. So entwickelt sich das.

Inspiriert Sie das Übersetzen zum Schreiben eigener Werke? Sind Sie eigentlich auch Schriftsteller?

Ja, bin ich eigentlich auch. Ich denke, diese Begabung sollte vorhanden sein. Wenn ich übersetze, schreibe ich eine deutsche Version des Buches und agiere entsprechend souverän. Das Original ist für mich kein unerreichbares, unantastbares Heiligtum, sondern das Rohmaterial. Ein paar meiner Übersetzungen sind mitunter deutlich besser als das Original.

Man muss natürlich wie ein Schriftsteller denken. Beim Übersetzen versuche ich immer zu antizipieren, was der Autor machen wird. Ich frage mich: Was kommt als Nächstes? Manchmal geschieht genau das, was ich mir gedacht habe. Oft passiert was völlig Unerwartetes. Das ist immer der schönste Moment. Oder der Autor versemelt den Text.

Ein Übersetzer sollte also nie aufhören selbst mitzudenken. Nur so kann man für den Autor wirklich was tun. Ich bin der Anwalt des Autors, nicht der Diener des Textes. Ich tue etwas für ihn, was er nicht tun kann. Für den Autor hat das eine ganz missliche Konsequenz: Er verschwindet. Ich nehme mir ihn im Deutschen und er muss es geschehen lassen. Damit haben einige Kritiker Probleme, auch wenn sie wegen des Erfolges darauf angewiesen sind.

Das heißt Stellen, die Sie nicht gelungen finden, ändern Sie nach Ihrem Geschmack?

Gar nicht. Ich versuche herauszufinden, was der Autor will und was er kann. Das ist die Frage nach der Autorenintention. Angeblich soll es ja unmöglich sein, zu erspüren, was der Autor will. Gute Übersetzer tun das aber trotzdem. Sie wissen, wie der Autor tickt.

Dazu versuche ich aus dem Text zu holen, was wirklich in ihm steckt. Was will der Autor? Wie tickt er? Daraus ergibt sich meine ganze Freiheit. Man muss natürlich immer im Sinne des Autors arbeiten, nicht gegen ihn. Er hat schließlich ein Recht auf den Text. Ich lasse ihn vor dem deutschsprachigen Publikum nur möglichst gut aussehen. Er soll mich im entscheidenden Punkt aber auch machen lassen.

Das heißt, durch die Übersetzung wird der Text komplett?

Ach, komplett ist der Text ja. Ich versuche den deutschen Lesern eben möglichst viel zu bieten. Ganz nach dem Motto: „your pleasure is our business“. Daher sind meine Übersetzungen immer einen Tick lustiger, ironischer, schneller oder feuilletonistischer als das Original. Das gefällt nicht jedem, aber das fällt auch nicht jedem auf. Das ist auch nie übertrieben, sondern immer im Rahmen der Möglichkeiten, die man als Übersetzer ohnehin hat. Man muss sich diese Freiheiten einfach nehmen. Wenn das Ergebnis gut ist, ist das okay.



Gute Übersetzer wissen, was der Autor will, Marcus Ingendaay auch.

Einer Ihrer Favoriten ist David Foster Wallace. Wie erging es Ihnen beim Übersetzen seiner Werke?

„Schrecklich amüsant – aber in Zukunft ohne mich“ war lustig. Im Gegenteil zu seinen eher offenen Büchern. Die sind teilweise sehr schwergängig und gehen einem, wenn man sie ernst nimmt, richtig an die Seele. Das ist mir bei einem anderen Buch von Foster Wallace passiert. Nach 100 Seiten merkte ich, dass ich das Buch nicht mehr weiter übersetzen kann und überließ

die Sache meinem Kollegen Ulrich Blumenbach. dem Übersetzer von „Infinite Jest“, das im Deutschen den Titel „Unendlicher Spaß“ trägt. Ihm geht das auch so. Seither wechseln wir uns mit den Übersetzungen ab.

Außerdem ist David Foster Wallace einfach zu gut. Ich habe noch nie jemanden erlebt, der sein literarisches Handwerk so beherrscht wie dieser Autor. ■

Das Gespräch führte Anne-Kathrin Gläser

Kunst kurz notiert

Seit dem 25. Juni läuft die Ausstellungsserie „Außer Haus“ des **Heidelberger Kunstvereins**. Nachdem eine Woche lang die „Forgotten Bar“ auf dem Anatomieplatz vor dem psychologischen Institut unterschiedliche Kuratoren und Künstler zu Ein-Tages-Ausstellungen lud, und der Künstler Boran Burchard eine Aktion zum der studentischen Initiative Medibüro veranstaltete, sorgt das **Künstlerkollektiv LIGNA** mit dem **Radioballett** nun für die dritte und letzte künstlerische Intervention im öffentlichen Raum. Die Medien- und Performancekünstler befassen sich am **12., 14. und 15. Juli um 17 Uhr** mit den Randgruppen der Gesellschaft.

Die Besonderheit der Darstellung liegt – neben der Verbindung von Performance und Radionutzung – darin, dass die Besucher in die Gestaltung des Kunstwerks eingebunden sind. Dafür folgen die Teilnehmer über Kopfhörer einer Handlungsanleitung. Der Titel **„Differenz und Wiederholung“** dieses partizipativen Radioballetts dient als einziger vorher bekannter Anhaltspunkt.

Vom **14. bis 17. Juli** präsentieren die diesjährigen Absolventen der **Freien Kunstakademie Mannheim** ihre Diplomarbeiten. Die Arbeiten der Studierenden umfassen Malerei, Installationen, Videokunst, Fotografie und Plastiken. Die **Sommerausstellung** in den Räumen der Akademie (U 3, 1, Mannheim) ist täglich von 14 bis 19 Uhr geöffnet. Die **Vernissage** beginnt am **13. Juli** um 18.30 Uhr. (epa, mma)

Na, schönen Tod gehabt?

Erwin Knautschke ist Detektiv und eigentlich unauffällig. Was ihn so besonders macht: er ist tot. Er ist im Himmel, hat Migräne und grausige Visionen. Andere Himmelsbewohner erinnern sich an ihren Tod als ein wunderbares Erlebnis, doch Knautschke ist sicher, dass sein Tod kein natürlicher war und forscht nach. Dank „alter Himmelsgesetze“ darf er dreimal die Erde besuchen, um dort die Umstände seines Todes zu klären. Knautschke ist ein starker Charakter, der dem lieben Gott viel Geduld abverlangt und den Leser oft zum Lachen bringt.

Dieser Krimi des Autors Peter Paradeiser, bisher bekannt unter dem Pseudonym Marcus Imbsweiler, besticht durch die ungewöhnliche Perspektive eines „Seligen“, der sich seine eigenen Gedanken über das Leben „da unten“ macht. Gleichzeitig wirft Paradeiser auch Fragen über unsere Gesellschaft, über Harmoniesucht und Diktatur auf. Dass er Philosoph ist und einmal Priester war, bleibt nicht verborgen. Trotzdem ist „Himmelreich und Höllental“ kein religiöses Buch – es wird auch viel kritisiert. Das Ergebnis ist ein spannender Krimi mit Tiefe, der auch die Lachmuskeln immer wieder herausfordert. (cla)

Peter Paradeiser:
„Himmelreich
und Höllental“
Gmeiner Verlag,
324 Seiten,
11,90 Euro



Jeder Tag ein Abschied

„Außer dem Leben können sie Dir ja nichts nehmen“

Jeden Tag wartet der Widerstandskämpfer Helmuth James von Moltke in seinem Gefängnis in Tegel auf seine Hinrichtung – vier Monate lang. Jeden Tag wartet er auch auf Briefe von seiner Frau Freya. In dieser Zeit entstehen hunderte solcher Briefe, die vom Gefängnispfarrer Poelchau in das Gefängnis hinein und hinaus geschmuggelt werden. Ein Jahr nach dem Tod Freya von Moltkes wurden diese Briefe nun unter dem Titel „Abschiedsbriefe Gefängnis Tegel. September 1944 – Januar 1945“ im Beck-Verlag veröffentlicht.

Es ist nicht nur bemerkenswert, dass dieser mehr als 500 Seiten umfassende Briefwechsel fast vollständig erhalten geblieben ist. Es verwundert auch, dass die geheime Korrespondenz trotz der widrigen Haftumstände Helmuth von Moltkes überhaupt in einem solchen Maße zustande kommen konnte. Das ist auch Wärtern zu verdanken, die dem Widerstandskämpfer heimlich die Fesseln lösten, damit dieser schreiben konnte.

Die ungebrochene Überzeugung der beiden Regimegegner zwingt zum Weiterlesen. Die starke Verbundenheit des Paares fesselt den Leser. Dabei sind es keine typischen Liebesbriefe, in denen das Wort Liebe inflationär gebraucht wird. Vielmehr schreibt Helmuth einmal an Freya: „Ich sage gar nicht, dass ich Dich liebe. Du bist vielmehr jener Teil von mir, der mir alleine eben fehlen würde“, und kurz darauf: „Nur wir zusammen sind

ein Mensch.“ Diese starke Einheit zwischen dem Ehepaar wird auch deutlich, wenn sich die Beiden über Helmuths anstehenden Prozess austauschen. Moltke hatte sich im Kreisauer-Kreis – der Widerstandsgruppe die auf dem Anwesen Moltkes gegründet wurde – mit Plänen für eine Ordnung des deutschen Staates nach der NS-Diktatur befasst.

Neben alltäglichen Dingen wie Wäsche- und Essenslieferungen bespricht das Paar auch wie Freya nach Helmuths Tod die Familie versorgen und das Gut in Kreisau verwalten soll. Dabei nehmen Freya und Helmuth von Moltke seinen herannahenden Tod als Schicksal an, geben aber die Hoffnung auf eine Rettung in letzter Minute nie auf. Getragen werden die beiden Protestanten dabei von einem sicheren Gottesglauben, der selbst den ungläubigsten Leser beeindrucken muss. Der Glaube daran, ein Teil des Planes Gottes zu sein, erleichtert gerade Helmuth zum Ende hin den Schritt vor den Henker. Die klare Orientierung am Leidensweg Jesu bleibt dem Leser dabei nicht verschlossen.

Der ungetrübte Lebenswillen und Moltkes Opferbereitschaft widersprechen sich nur scheinbar: „Das ändert nichts daran, dass ich gerne noch etwas leben möchte. Aber dann bedürfte es eines neuen Auftrages Gottes.“ Noch mehr aber beeindruckt den Leser Freyas Opfer, die weiß, dass sie alleine zurückbleiben wird. Sie ist die wahre Heldin dieser

Abschiedsbriefe, die ihr das erste Mal eine eigene Stimme geben.

Denn bisher galten Freyas Briefe als verschollen. Sie gibt zu: „Es ist entsetzlich schwer.“ Wirkliche Zweifel lässt jedoch auch Freya nicht zu, sie glaubt an Liebe über den Tod hinaus und schreibt mutig aber simpel: „Außer dem Leben können sie dir ja nichts nehmen.“ Und so sind diese Briefe Abschiedsbriefe ohne ein richtiges Lebewohl. Vielmehr sagt Helmuth am Tag seiner Urteilsverkündung: „Ich sollte wohl von Dir Abschied nehmen – ich vermag's nicht. Es ist nicht ein Mal so, dass mir verheißen wäre, ich würde Dich nicht verlieren; nein: ich weiß es.“

Die Abschiedsbriefe von Tegel schaffen es, Freyas Einfluss auf ihren Mann deutlich zu machen. Neben dem Wert als historische Quelle ist der Briefwechsel auch ein religiöses Bekenntnis. Es ist ein beeindruckendes, wahrscheinlich einmaliges Zeugnis von Glaube, Liebe, Hoffnung. Entstanden ist dieses Zeugnis in einer Zeit, in der viele andere all das verloren hatten. Selbst Atheisten können sich einer solchen Willensstärke beim Lesen wohl nur schlecht entziehen. (jhe)

Helmuth James und Freya von Moltke:
„Abschiedsbriefe Gefängnis Tegel“,
C.H. Beck,
608 Seiten,
29,95 Euro



lichtspielhaus



Kleine wahre Lügen

Wie jedes Jahr lädt der gestresste Geschäftsmann Max (François Cluzet) seine Freunde in sein Strandhaus in Südfrankreich ein. Doch diesen Sommer ist die Stimmung getrübt, denn die Clique ist nicht komplett: Ludo (Jean Dujardin) liegt nach einem schweren Motorrad-Unfall im Krankenhaus.

Regisseur und Drehbuch-Autor Guillaume Canet, der den meisten eher als Schauspieler („Liebe mich wenn du dich traust“, „Last Night“) bekannt sein dürfte, erfindet das Rad hier nicht neu. Doch dank Star-Aufgebot und witzigen Dialogen gelang ihm damit vor einem Jahr in Frankreich ein Publikumserfolg.

Wenn eine Gruppe von neurotischen Parisern zwei Wochen lang auf engstem Raum zusammenlebt, kann das nicht lange gut gehen. Schnell wird klar, dass jeder mit so einigen Konflikten zu kämpfen hat: Vincent (Benoît Magimel) gesteht Max, dem Patenonkel seines Sohnes, seine Liebe. Marie (Marion Cotillard) scheint sich nur vor ihrem Verehrer aus Paris zu verstecken. Eric (Gilles Lellouche) glaubt mit Mitte 30 immer noch, jede Frau flachlegen zu können und vergraut damit seine feste Freundin. Antoine (Laurent Lafitte) ist besessen davon, seine Ex-Freundin zurückzugewinnen und Veró geht allen mit ihrem Ernährungs-wahn auf die Nerven.

Besonders beeindruckend und mit viel Feingefühl spielt Benoît Magimel den verwirrten Familienvater Vincent, der nach 15 Jahren merkt, dass er in den jähzornigen Worka-

holic Max verliebt ist. Dieser wird dargestellt von François Cluzet, dem diese Rolle auf den Leib geschrieben zu sein scheint: völlig verwirrt durch das Liebesgeständnis seines Freundes versucht er sich durch die Jagd auf einen Marder abzulenken und bringt damit die Kinosäle zum Beben.

Neben den beiden wirkt Oscar-Gewinnerin Marion Cotillard als beziehungsunfähige Nymphomanin Marie fast farblos. Ihre großartiges schauspielerisches Talent kann sie erst in der letzten halben Stunde des Films beweisen.

Auch dann erst werden wir fast gewaltsam daran erinnert, warum dieser mitreißenden Komödie die Vorsilbe „Tragi-“ angehängt wurde: Als die Situation im Ferienhaus eskaliert, erfährt das Grüppchen vom Tod ihres guten Freundes. Da dürfte es kaum jemanden überraschen, dass sich bei der Beerdigung Ludos wieder alle versöhnlich in die Arme fallen.

Auch wenn „Kleine wahre Lügen“ (Originaltitel: Les petits mouchoirs) durch seine voraussehbaren Handlungen mehr an Hollywood als an französisches Kino erinnert, lohnt es sich dennoch, ihn im Kino anzusehen. Die 154 Minuten vergehen durch die Situationskomik wie im Flug und dessen Figuren sind sympathisch und wirken so glaubwürdig, dass man sich fragt, ob nicht doch auch die eigenen Freunde etwas vor einem verheimlichen. Ein netter Sommerfilm, der Lebensfreude versprüht. (col)

Heidelberger Schlossfestspiele
24.6.-31.7.11

Don't think twice!

Tickets auf
www.heidelberger-schlossfestspiele.de



Vorverkauf läuft!

www.heidelberger-schlossfestspiele.de

Theaterkasse 06221.582000

Politischer Kampf aus dem Exil

Bei Ling ist Biograph und Freund des Nobelpreisträgers Liu Xiaobo

Zeitgleich zur Verleihung des Friedensnobelpreises 2010 an den abwesenden Liu Xiaobo publizierte der Schriftsteller Bei Ling die Biographie seines Freundes. Nun reist er durch die Welt, erzählt von seinem Buch und damit gleichzeitig vom Leben einer Person in einem strengen, autoritären Apparat.

Das Gespräch führte Xiaolei Mu

Ist das Ihr erster Besuch in Heidelberg? Was halten Sie von der Stadt?

Heidelberg ist eine Stadt mit einer reichen Geschichte. In meiner Erinnerung hat sie eine berühmte Universität, aus der einflussreiche Philosophen kamen. Deshalb ist sie für mich die deutsche Stadt, die in meinem Bewusstsein die größte Präsenz hat.

Sie haben Liu Xiaobos Biographie innerhalb weniger Wochen nach Bekanntgabe des Nobelkomitees publiziert, obwohl er durch den Nobelpreis bereits internationale Aufmerksamkeit erregt hatte. Was wollen Sie mit dieser Biographie bezwecken?

Erst einmal sind wir Freunde. Wir haben den Chinese PEN-Club gegründet und kennen uns seit 25 Jahren. Wenn ich eine Biographie über ihn verfasse, fließt auch ein gutes Stück meines eigenen Lebens ein. Das Buch handelt von den letzten 35 Jahren, beginnt also nicht wie eine typische Biographie mit seiner Geburt. Stattdessen starte ich mit seiner Zeit an der Gesamtschule und verfolge von dort Stationen in seinem Leben, wozu unter anderem sein Einfluss als Literaturkritiker oder seine 20-jährige Tätigkeit als politischer Aktivist gehörten.

Diese Biographie dürfte in China überhaupt nicht publizierbar sein, oder?

Völlig unmöglich. Dieses Buch ist in China verboten.

Ist es Chinesen überhaupt bekannt, dass diese Biographie existiert?

Die Öffentlichkeit weiß nichts über diese Biographie. Vielleicht gibt es einige Leute, die über das Internet davon erfahren haben. Schließlich sind sogar einige Kapitel auf meiner Website einsehbar. Aber wie man weiß, gibt es in China eine strenge Zensur. Menschen fürchten sich davor, über Liu Xiaobo zu reden. Sie fürchten sich davor, seine Werke zu lesen.

Ich habe in den deutschen Medien gelesen, dass Liu Xiaobo nicht

einmal davon weiß, dass er den Nobelpreis erhalten hat. Hat sich an der Situation irgendetwas geändert?

Nein. Seit der Bekanntgabe des Nobelkomitees ist die Informationssperre in China immer strenger geworden. Die Regierung ist sauer und versucht jeglichen Kontakt, den Liu Xiaobo mit der Außenwelt hat, zu unterbinden. Weder seine Familie noch seine Ehefrau können ihn im Gefängnis besuchen. Seine Frau steht ja mittlerweile unter Hausarrest.

Sie sind ein sogenannter Untergrundpoet in Beijing gewesen. Wie sind Sie damit umgegangen?

Für meine Generation bin ich ein ziemlich unüblicher Fall gewesen. Die meisten meiner Schulkameraden sind heute Parteifunktionäre. Einer von ihnen ist sogar ein hohes Tier in der Regierung. Kontakt mit der Bewegung der Untergrundpoeten hatte ich als Student Ende der 70er Jahre. In den 80er Jahren hatte sie ihren stärksten Einfluss. Wir besaßen damals eine Stimme abseits der regierungsfreundlichen Medien, mit der wir viele Menschen erreichen konnten. Entsprechend unbeliebt waren wir bei der kommunistischen Partei.

Unser Einfluss ebte jedoch in den 90er Jahren ab. Grund dafür waren zunehmende Kontrollmaßnahmen, die besonders im kulturellen Sektor eingeführt wurden. Ein anderer Grund mag die Gesellschaft selbst sein, die ihre Aufmerksamkeit zunehmend auf monetäre Werte richtet.

Was bedeutet es für Sie ein Dichter zu sein?

In der Hinsicht gleiche ich wohl Liu Xiaobo oder dem Künstler Ai Weiwei. Mir würde es nicht ausreichen, mich bloß mit Lyrik oder Literatur oder Kunst zu befassen. Es gibt da eine Verantwortung, die mich dazu treibt, etwas sagen zu müssen; zum System, zur Politik, zur Regierung. Auch wenn ich mich dadurch der Verfolgung aussetze.

Was haben Sie und Liu Xiaobo



Foto: xmu

Der chinesische Schriftsteller Bei Ling las im DAL aus der Biographie des Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo.

während der Demonstrationen am Tian'anmen gemacht?

Unsere Priorität war es, die internationale Gemeinschaft darüber zu informieren, was in Beijing tatsächlich vor sich ging. Es war ja nicht nur der Tian'anmen Platz, wo die Soldaten patrouillierten. Ganz Beijing war in einem Aufruhr und Menschen wurden auf offener Straße getötet. Zu der Zeit besaß die studentische Protestbewegung eine starke Unterstützung im Ausland. Als sie anfangen zu demonstrieren, wusste die Regierung, dass die Situation schlecht für sie war.

Hätten Sie damals gerechnet, dass die Soldaten tatsächlich das Feuer auf die Studenten eröffnen würden?

Die Regierung hatte Angst. Die Situation war unglaublich angespannt und sie dachten, wenn sie diese Bewegung nicht niederschlagen würden, verlor sie ihren Einfluss, ihre Glaubwürdigkeit oder ihr

Gesicht. Zum Schluss waren beide Optionen nicht vorteilhaft. Die Weltöffentlichkeit hatte das Auge auf Tian'anmen gerichtet, weshalb das Massaker Chinas Ruf in den folgenden Jahren ungemein schadete. Viele aus der Protestbewegung setzten sich danach ins Ausland ab.

Sie lebten zuerst in den USA, mittlerweile aber in Taiwan. Sind die demokratischen Systeme in diesen Ländern sinnvolle Modelle für China?

Auf alle Fälle. Dort sind Rechte wie Pressefreiheit, Meinungsfreiheit oder Freiheit der Kunst in der Verfassung verankert. In China wird jeder kritische Gedanke, jeder politische Aktionismus, der nicht der Linie entspricht, im Keim erstickt. Nach meiner Wahrnehmung ist die Zensur in China in den letzten Jahren noch stärker geworden, verglichen mit den 80er Jahren, als die Dichterbewegung noch sehr stark war. Es könnte sein, dass das

Internet jetzt neue Räume schafft, wo sich Menschen frei austauschen können, aber das kann ich nicht so gut beurteilen.

Könnte sich China aufgrund seiner wirtschaftlichen Entwicklung doch noch zur Demokratie entwickeln?

Ich weiß es nicht. Keiner weiß es. Aber ich bin mir nicht sicher, ob die bloße wirtschaftliche Entwicklung ausreicht. Es bildet sich in China eine starke Mittelschicht, die nicht mehr ignoriert werden kann. Gleichzeitig wird die Partei und ihre Zensur immer paranoider. Ich habe allerdings das Gefühl, dass dieses Land und diese Regierung sich bald ernststen Problemen stellen muss.

Bei Ling:
„Der Freiheit geopfert“,
riva Verlag,
208 Seiten,
19,95 Euro



Incubus

If Not Now, When?

Zwanzigjähriges feiert die Band kommenden November und fünf Jahre haben sie sich jetzt Zeit gelassen, um ihr siebtes Studioalbum unter die Leute zu bringen. Endlich! Das dachten wohl die meisten Incubus-Fans, die voller Erwartung dem vergangenen Freitag entgegengefeiert haben. Um dann voller falscher Erwartungen mit dem Kopf durch die Wand zu laufen. Leider aber nicht durch eine Gitarren-Wand, denn diese wird in „If Not Now, When?“ vergeblich gesucht.

Der Titeltrack, der gleichzeitig das erste Lied des Albums ist, würde einen melodisch dazu veranlassen, zu schauen, ob man das richtige Album eingelegt hat, wäre da nicht Brandon Boyds fantastischer und unverwechselbarer Gesang. Die neue Platte steht klar im Kontrast zu der bisher produzierten Musik und

das sei auch beabsichtigt, so Boyd.

Klare, verhaltene und langsame Klänge dominieren das Album und zeigen dem Hörer unverpackt auf, dass die Band sich enorm weiterentwickelt hat und wie sie selbst sagt, erwachsen geworden sei. Die Band schafft es trotzdem ihrem Stil treu zu bleiben. „Adolescents“, der ersten Single-Auskopplung, gelingt es, Köpfe in Bewegung zu setzen und „Isadore“ erinnert an „Black Heart Inertia“, während „Switchblade“ die Funk-Rock-Seite des Altbekannteren aufgreift. Die Texte stehen mehr denn je im Vordergrund und dementsprechend anders muss man sich die Platte anhören. (jin)



Digitalism

I Love You, Dude

Für den einen oder anderen mag allein der Name der Band schon abschreckend sein: Digitalism, klingt nach lautem aggressivem Elektrolärm, oder noch schlimmer: Techno? Aber es lohnt sich dennoch, dieser Band eine Chance zu geben.

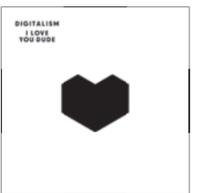
Das dritte Studioalbum des Hamburger Electro-House-Duos lockt im Vergleich zu den beiden Vorgängern besonders Indietronic-Fans auf die Tanzfläche. Doch so richtig wollen sich Digitalism nicht in eine Schublade stecken lassen. Zum Teil klingen die Lieder stark nach „Softie-Elektro“ – einfach zu poppig um als Elektro bezeichnet werden zu können.

Andere Lieder, wie „Reeperbahn“, klingen nach Rock auf Drogen. Diese etwas aussergewöhnliche Mischung macht diese Platte jedoch um so hörenswerter.

Das Album ist durchweg sehr tanzbar. Besonders die Single „2 Hearts“ verspricht, die Tanzhymne des Sommers zu werden. Aber auch „Circles“ und „Forrest Gump“ sind ziemlich hartnäckige Ohrwürmer.

Zwischen den schnellen, euphorischen Liedern wie „2 Hearts“, „Circles“ und „Forrest Gump“ gibt es auch langsame, entspannte House-Stücke. Obwohl sie es nur dreieinhalb Minuten lang ist, klingt besonders „Just Gazin“ etwas monoton und endlos.

Alles in allem ist diese Platte absolut hörens-wert. Auch für diejenigen, die sich als Elektro-Verweigerer bezeichnen. (amw)



0711

KARLSTORBAHNHOF



FR 15.07. BAMBULE HIPHOP-PARTY
FR 15.07. TIM SWEENEY (BEATS IN SPACE NYC) X STEADY WORK KLUB_K
SA 16.07. AFRICAN WOMEN'S DAY
SA 16.07. LA NUIT BOHÈME THE ELECTRO SWING CLUB
SO 17.07. ELEVENTH DREAM DAY
FR 22.07. ATOMKRAFT WEGBASSEN! SOLIPARTY FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN AUF 4 FLOORS
SA 23.07. ROLLERCOASTER INDIE, ALTERNATIVE, ELECTRONICA
MO 25.07. ROCKY VOTOLATO (SOLO)
MI 27.07. DANIEL LANOIS BLACK DUB
FR 29.07. ENDLESS SUMMER 5/1
SA 30.07. CHOP SUEY CLUB BOAT PARTY & ENDLESS SUMMER 5/II LONDON GUNS, LOCAL SUICIDE, ONITOR LABEL NIGHT U.V.M.

HEIDELBERG / AM KARLSTOR / TELEFON 06221. 978911

Frankreichs langsame Revolution

Nach Fukushima zweifeln nun auch die Franzosen an der Atomkraft

Jahrzehntlang galt Atomkraft in Frankreich als Garant der Unabhängigkeit bei der Energieversorgung. Auch bei der Verteidigung stand die Möglichkeit, Atomwaffen herzustellen, nie in Frage. Doch die Katastrophe von Fukushima hat auch die „Grande Nation“ bewegt. Allmählich mehrt sich der Protest.

Von Michael Abschlag aus Paris (Frankreich)

Frankreichs vielleicht schmutzigstes Geheimnis heißt La Hague und liegt an der Atlantikküste, keine fünf Autostunden von Paris entfernt. Die Homepage der Region wirbt mit wunderschönen Stränden, maleischen Buchten, pittoresken Häfen und unberührter Natur.

Erst wenn man sich genauer umschaute, stößt man auf „Andra“, die stolz als älteste nukleare Wiederaufbereitungsanlage Frankreichs aufgeführt wird. Genau genommen sind es zwei Anlagen: Die eine arbeitet französische, die andere ausländische Brennelemente auf. Außerdem befindet sich hier ein Zwischenlager für Atommüll.

Das ganze Gelände umfasst mehr als zweieinhalb Quadratkilometer und erstreckt sich über die Gemarkungen von fünf Gemeinden. Von Gefahren oder Risiken ist auf der Homepage keine Rede, stattdessen wirbt sie sogar für landwirtschaftliche Produkte der Region. In Anbetracht der Größe und Kapazität des Komplexes war es jahrzehntlang erstaunlich still um La Hague. Kein Vergleich zu Wackersdorf oder Volkmarren in Deutschland, wo geplante Wiederaufbereitungsanlagen aufgrund heftiger Proteste der Bevölkerung gar nicht erst gebaut wurden.

Sehnsüchtig sehen Frankreichs Kernkraftgegner nach Deutschland, wo eine Stimmung herrscht, die sie sich auch im eigenen Land wünschen. „Bei uns gehen vor allem Alt-68er gegen die Atomkraft auf die Straße“, erklärt Charlotte Mijeon von „sortir du nucléaire“, Frankreichs Verband von Gruppen, die den Atomausstieg fordern. „In Deutschland geht der Protest durch alle Gesellschaftsschichten und Altersgruppen. Das ist beneidenswert.“

Dass ausgerechnet in Frankreich, dem Land der Revolutionen, die Anti-Atomkraft-Bewegung einen so schweren Stand hat, liegt an

Frankreichs Stolz als Industrienation. Nach dem Zweiten Weltkrieg beschloss Präsident Charles de Gaulle, das bis dahin landwirtschaftlich geprägte Land zu industrialisieren und setzte dabei voll auf Atomkraft. Die Kernenergie galt seinerzeit als Technologie der Zukunft, die es allein ermöglichen würde, ganz Frankreich mit Strom zu versorgen. Schon in den 50er Jahren besaß Frankreich zwei Kernkraftwerke, in den 60ern waren es bereits zehn.

Neben der friedlichen Nutzung kam in den Anfangsjahren des Kalten Krieges noch ein weiterer Grund hinzu: De Gaulle wollte Frankreich zur Atommacht machen. „In zehn Jahren werden wir etwas haben, womit wir 80 Millionen Russen töten können. Ich glaube nicht, dass man ein Volk angreift, welches die Fähigkeit hat, 80 Millionen Russen zu töten, selbst wenn man 800 Millionen Franzosen töten könnte, vorausgesetzt, es gäbe 800 Millionen Franzosen“, begründete er diese Entscheidung. Die „Force de Frappe“ (wörtlich: Schlagkraft), wie die Franzosen ihre Atomstreitmacht nennen, sollte Frankreich Schutz vor der Sowjetunion bieten und gleichzeitig die militärische Unabhängigkeit von den USA gewährleisten. Die Kernkraft war sowohl in wirtschaftlicher als auch in militärstrategischer Hinsicht der Garant für Frankreichs Eigenständigkeit.

So erklärt es sich, dass die Franzosen oft und vehement protestieren, wenn sie den Sozialstaat bedroht sehen, man aber praktisch nie etwas von Demonstrationen gegen die Atomkraft hört. In Deutschland kommen nach dem Moratorium noch neun Atomreaktoren auf 82 Millionen Bundesbürger. Die 65 Millionen Einwohner Frankreichs erhalten Strom aus 59 Reaktoren, die 95 Prozent des Stroms erzeugen.



Die „Andra“ in La Hague ist Frankreichs älteste Wiederaufbereitungsanlage für nuklearen Müll.

gen. Auch in der Politik herrscht seit jeher parteiübergreifend Konsens: Konservative wie Sozialdemokraten sehen die Atomkraft als unverzichtbar an. Die einzige Opposition stellen die französischen Grünen dar. Umfragen zufolge hielten zwar bereits 2006 ganze 81 Prozent der Franzosen die Kernkraft für eine riskante Technologie, jedoch hielt sie zugleich eine große Mehrheit für unverzichtbar – und damit auch ein Großteil der Skeptiker.

Charlotte Mijeon macht es noch deutlicher: „Etwa 60 bis 70 Prozent der Franzosen sind grundsätzlich gegen Atomkraft, aber höchstens ein Drittel von ihnen ist davon auch wirklich überzeugt. Für die meisten wäre ein Atomausstieg so, als hacke man einem gesunden Menschen einen Arm ab.“ Dazu passt, was Frankreichs größter Stromversorger EDF lapidar verkündet: „Kernenergie ist die günstigste, sicherste und CO2-sparendste Energieform.“ Doch jetzt,

nach Fukushima, beginnt sich die Lage in Frankreich langsam zu ändern. Vorher hielt man Atomunfälle nur in technisch rückständigen Schwellenländern für möglich. Dass mit Japan eine ebenfalls hochentwickelte Industrienation von einer solchen Katastrophe betroffen ist, schafft nun ein Bewusstsein dafür, dass ein ähnlicher Unfall auch das eigene Land treffen kann. Kein französisches Kernkraftwerk ist gegen einen Flugzeugabsturz gesichert. Das AKW Fessenheim an der deutschen Grenze steht zudem in einer der seismisch aktivsten Regionen Europas.

Jetzt werden auch die Atomkraftgegner in Frankreich ernster genommen als noch vor wenigen Monaten. Die französischen Grünen profitieren von diesem langsamen Wandel und liegen im Aufwind. Innerhalb der Sozialisten entbrennt derzeit eine heftige Debatte zwischen Befürwortern und Gegnern eines Ausstiegs in den kommenden 20

bis 30 Jahren. Dominique Strauss-Kahn galt vor seiner Verhaftung als aussichtsreichster Kandidat der Sozialisten. Er war ein Befürworter der Atomkraft und galt als Lobbyist des Stromkonzerns EDF. Mit seiner Nachfolgerin Martine Aubry könnte sich nun ein Kurswechsel anbahnen.

Präsident Nicholas Sarkozy und die ihn unterstützenden konservativen Parteien hingegen halten unverändert an ihrem Pro-Atomkurs fest. Sarkozy, der noch vor kurzem mehrere Atomkraftwerke an den libyschen Diktator Muammar al-Gaddafi verkaufen wollte, ist im eigenen Land dafür ziemlich unbeliebt. Es sieht ganz so aus, als würde ihm sein Beharren in dieser Frage noch mehr Schaden zufügen.

2012 finden in Frankreich die nächsten Präsidentschaftswahlen statt. Sie werden wohl auch über die Zukunft der französischen Atomkraft entscheiden.

Impressum

ruprecht, die Heidelberger Studierendenzzeitung, erscheint monatlich (drei Ausgaben) in der Vorlesungszeit. Der **ruprecht** versteht sich als unabhängige Zeitung, die sich keiner Gruppierung oder Weltanschauung verpflichtet fühlt. Die Redaktion trifft sich während der Vorlesungszeit montags um 20 Uhr im Zentralen Fachschaftenbüro in der Albert-Ueberle-Straße 3-5. Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die Autoren allein verantwortlich.

Herausgeber: ruprecht e.V.
V.i.S.d.P.: Jenny Genzmer
Redaktionsadresse: Albert-Ueberle-Straße 3-5, 69120 Heidelberg
Telefon: 06221 / 18 71 310 - 0
E-Mail: post@ruprecht.de
Druck: Greiser-Druck, Rastatt
ISSN: 0947-9570
Auflage: 10000 Exemplare
Homepage: www.ruprecht.de

Redaktion: Annika Kasties (aks), Anna Wüst (amw), Benjamin Jungbluth (bj), Benjamin Weineck (bw), Corinna Lenz (col), Eileen Passlack (epa), Fanny Hoffmann (fho), Fiona Byrne (fkb), Jan Gutknecht (jan), Jenny Genzmer (jeg), Julia Held (jhe), Jin Jlussi (jin), Josie Kerstan (jok), Katharina Kolvenbach (kko), Kathrin Wenz (kwe), Laura Müller (lam), Marlene Kleiner (len), Lisa Grüterich (lgr), Michael Abschlag (mab), Manuela Peitz (map), Michael Graupner (mgr), Michael Mądry (mim), Max Mayer (mma), Philine Steeb (phs), Reinhard Lask (rl), Stefanie Fetz (sfe), Simone Mölbert (smo), Sandra Zimmermann (szi), Christine Buch (tin), Thomas Leurs (tle), Xiaolei Mu (xmu)
Freie Mitarbeiter: Andy Lützwow (alu), Claudia Pollok (cla), Frederik Görtelmeyer (dfg), Madalina Draghici (dra), Julian Schmitt (jls), Anne-Kathrin Glaser (kaz)

Redaktionsschluss für die Ausgabe 134: 30. Oktober 2011

Personals

jeg: Wie findest Du das Schaubild?
rl: Ach – es muss ja Dir gefallen.
cla: Schreiben wir dann „an Gysi“ oder an ... Wie heißt die Partei nochmal?
bw: Der Himmel ist zu blau. Das Bild ist nicht häßlich genug.
bj: Lasst uns endlich Pizza bestellen!
mma: Hallo Pizza ist scheiße!
bj: (entsetzt) Warum ist denn jetzt wieder Pizza scheiße??
cla: Nicht: Hallo, Pizza ist scheiße! Sondern: Hallo, Pizza ist scheiße!
mma: Bei Ling aus Beijing.
sfe: Zu Gast Bei Ling.
mma: Ein Gespräch von und über Chinesen!
xmu @ jeg: Ich bin grad auf der Seite von dem Chinesen. Also von dem zweiten Chinesen.
amw: War schon mal jemand im Kosmodrom?
jin: Ich war nur mal aufm Klo dort.
jin: Ob Kleber oder Koks – egal.
mma: Bei den armen Studenten wird man Koks nicht los. Da muss Kleber reichen.
mma / sfe / jeg: (traurig) Unser letztes Mal. Tschüss!

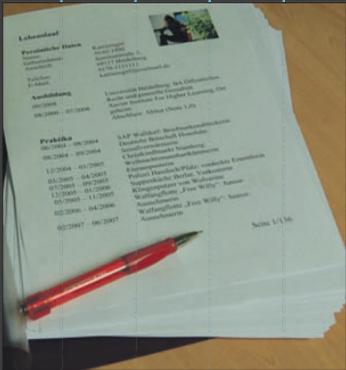
Über national-sozialistische Völkermord
an den Sinti und Roma
Ausstellung

Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
Bremeneckgasse 2, 69117 Heidelberg
Di 9.30-19.45 Uhr, Mi, Do, Fr 9.30-16.30 Uhr, Sa, So 11.00-16.30 Uhr
(Mo und an gesetzlichen Feiertagen geschlossen); Eintritt frei
www.sintiundroma.de
Gefördert durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Karrieregirl und Start-Up-Boy machen Urlaub

Einige faule Studenten wollen sich immer noch nicht der Terrorherrschaft von Bologna beugen. Sie lassen ihre grauen Zellen von Bier und Sonne weichkochen. Unsere ehrgeizigen Superhelden zeigen, wie man die vorlesungsfreie Zeit richtig nutzt.

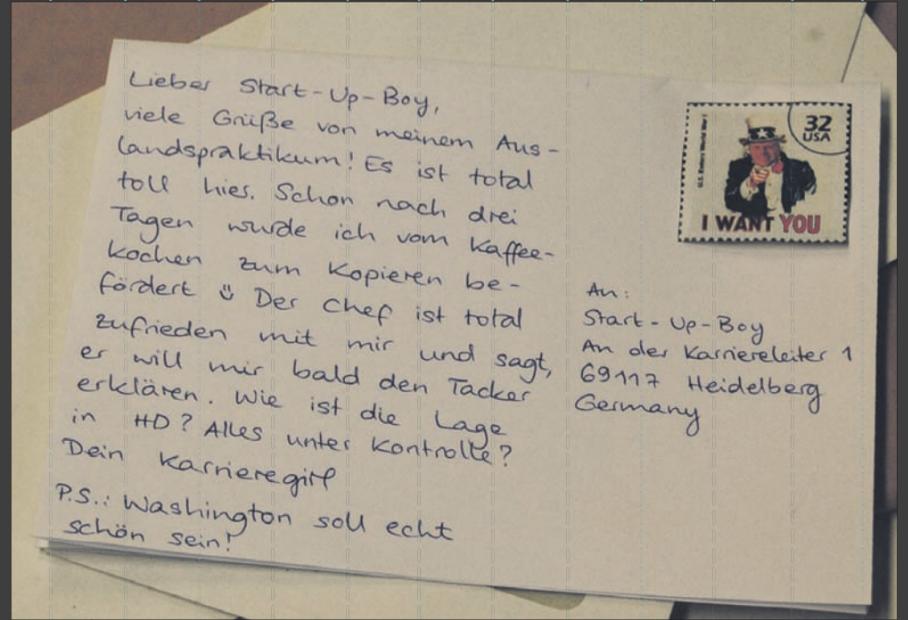
Karrieregirl arbeitet eifrig an ihren Qualifikationen:



... das Kopiererlicht schenkt ihr eine zarte Bräune...



Sie macht ein Auslandspraktikum und ihr Lebenslauf wächst und wächst...



... und selbst an die Urlaubspost denkt sie.

Unterdessen in Heidelberg...

... führt Start-Up-Boy den Kampf gegen die Faulheit weiter...

Es heißt „vorlesungsfreie Zeit“ und nicht „Semesterferien“!



An die Arbeit!



...genießt die Ruhe in der UB...



...und gibt sich ganz den Büchern hin.

Herrlich diese Stille! Aber warum ist hier niemand?!

MEIN SCHLAATZ!

Bei der Macht von Silvana!

Start-Up-Boy zieht mutig in den Kampf gegen diesen neuen Übeltäter

Und wieder einmal triumphiert der Fleiß über die Faulheit!

Doch im stillen Kämmerchen wartet bereits ein neuer Bösewicht....

Hausarbeit fertig... Urlaub, ich komm!!!



...Der Plagiator!



Er kann dem Plagiator im erbitterten Kampf seine tödliche Copy-und-Paste-Waffe entreißen und überwacht das erneute Schreiben der Hausarbeit.